

Verfassungs- schutz in Hessen

Bericht 1985

Vorwort

Der alljährlich vorzulegende hessische Verfassungsschutzbericht gibt auch in seiner 9. Ausgabe einen knappen Überblick über die Tendenzen und Bestrebungen des politischen Extremismus, der Spionagetätigkeit, des Ausländerextremismus und der terroristischen Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere in Hessen. Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, daß 1985 eine akute oder ernste Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht bestanden hat. Diese Feststellung schließt nicht aus, daß es durch terroristische Aktivitäten regional und lokal zu Bedrohungen der öffentlichen Sicherheit gekommen ist.

Diese Aussagen beruhen nach dem verfassungsrechtlichen und gesetzlichen Auftrag auf der Sammlung und Auswertung von entsprechenden Informationen des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes. Der Bürger kann sich anhand der dargestellten Fakten, Übersichten und Beurteilungen ein Bild über extreme Bestrebungen machen. Der Bericht beansprucht weder Vollständigkeit, noch ruft er zu Maßnahmen gegen bestimmte Organisationen auf. Die Aufnahme von Gruppierungen und Einzelpersonen in den Jahresbericht hat keine rechtlichen Auswirkungen. Vielmehr soll ein Beitrag zur politischen Auseinandersetzung mit den Verfassungsgegnern geleistet werden (vgl. BVerfG, Beschluß vom 29. Oktober 1975, BVerfGE 40, 287, 292).

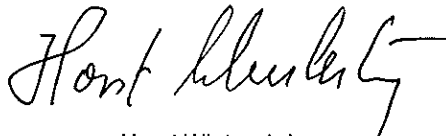
Je mehr Anhänger extremer Bestrebungen dazu übergehen, ihre Zielsetzung zu tarnen oder zu verschweigen, desto schwieriger wird es für den Bürger, die wahren Absichten und Zusammenhänge zu erkennen. Hier unterstützt der Bericht die politische Bildung, er schließt Informationslücken und fördert die politische Diskussion. Gleichzeitig wird an den Beobachtungsergebnissen die sonst gehelmszuhaltende Tätigkeit des nachrichtendienstlichen Verfassungsschutzes erkennbar; das entspricht den rechtsstaatlichen Forderungen nach Transparenz und Offenheit. Das in meinem Haus eingerichtete Referat für informativen Verfassungsschutz hat die Aufgabe, aufklärend zu wirken und auch die eigenen Probleme des Verfassungsschutzes in der Öffentlichkeit zu diskutieren.

Dieser Bericht wird in einer Zeit vorgestellt, in der die öffentliche Auseinandersetzung um die sogenannten Sicherheitsgesetze allgemein das Interesse an dem Verfassungsschutz erhöht, aber auch die Sorge vor der Tendenz zu einem Überwachungsstaat nicht mehr völlig ausschließt. Diese Sorge müssen die Sicherheitsbehörden äußerst ernst nehmen; ohne ein umfassendes Vertrauen der Bürger zu den Sicherheitsbehörden wird für diese eine erfolgreiche Arbeit nicht möglich sein. Die Sicherheitsbehörden müssen ein vitales Interesse am Vertrauen der Bürger und einer Datenschutzpraxis haben, die ein solches Vertrauen begrün-

det. Auch deshalb wenden die Mitarbeiter des hessischen Verfassungsschutzes die anerkannten Grundsätze des Datenschutzes und die von Rechtsprechung und Rechtslehre erarbeiteten Regeln zum Schutze des Persönlichkeitsrechts, wie sie auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil zum Volkszählungsgesetz bestätigt hat, in der praktischen Arbeit an.

Es bedarf hier keiner näheren Erläuterung, daß sich die Erfüllung der Aufgaben

des Verfassungsschutzes wesentlich schwieriger gestaltet als bei anderen Verwaltungsbehörden. Die notwendige Arbeit im Verborgenen und die gewissenhafte Beachtung der Geheimhaltungsvorschriften stellen für die Mitarbeiter nicht unerhebliche Belastungen dar, die nur durch ein grundsätzliches Vertrauen in ihre Arbeit ausgeglichen werden können. Für die geduldige und oft mühevollere Kleinarbeit danke ich auch im Namen der Landesregierung allen Mitarbeitern des Landesamtes für Verfassungsschutz.



Horst Winterstein
Hessischer Minister des Innern

Inhalt	Seite
Gesetzliche Grundlagen	5
Grundgesetz	5
Verfassungsschutzgesetz	5
Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz ...	7
Parlamentarische Kontrolle	7
 Organisation des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen	 8
 Informativer Verfassungsschutz	 9
 Rechtsextreme Bestrebungen	 11
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	11
Hessenliste für Ausländerstopp (HLA)	12
Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund zur Pflege Deutscher Kultur (ANV/VB)	13
Junge Nationaldemokraten (JN)	13
Sonstige traditionelle rechtsextreme Gruppen und Jugendorganisationen ..	13
Deutsche Volksunion (DVU)	13
Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e.V. (HIAG)	14
Wiking-Jugend (WJ)	15
Neonazistische Bestrebungen	16
Aktivitäten ehemaliger Angehöriger der Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten (ANS/NA)	16
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	17
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)	18
Deutsche Bürgerinitiative e.V. (DBI)	19
Neonazistische Ausschreitungen	19
Beurteilung	20
 Linksextreme Bestrebungen	 21
Orthodoxer Kommunismus	21
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	21
Nebenorganisationen der DKP	26
Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)	26
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	26
Junge Pioniere — die Kinderorganisation der DKP (JP)	27

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF)	28
Marxistische Arbeiterbildung (MAB)	28
DKP-beeinflußte Organisationen	29
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)	29
Deutsche Friedensunion (DFU)	30
Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)	30
Demokratische Fraueninitiative (DFI)	30
Extreme Neue Linke	31
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	31
Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) (KPD)	31
Sonstige kommunistische Organisationen und trotzkistische Gruppen	32
Autonome und anarchistische Gruppen	33
Linksextreme Bestrebungen an den Hochschulen	35
Linksextremer Terrorismus	36
Rote Armee Fraktion (RAF)	36
Revolutionäre Zellen (RZ)	38
Sonstige terroristische Aktionen	38
Beurteilung	38
 Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern ..	40
Araber	40
Türken	41
Türkische Kurden	43
Iraner	43
Beurtellung	44
 Spionageabwehr	45
Übertritt eines Regierungsdirektors im Bundesamt für Verfassungsschutz in die DDR	45
Nachrichtendienste und Technologietransfer	45
Nachrichtendienstliche Stützpunkte im Bundesgebiet	46
Werbung	47
Führungsmethodik	49
Beurtellung	49

Gesetzliche Grundlagen

Grundgesetz

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland sieht für die Aufgaben des Verfassungsschutzes vor:

Art. 73 Nr. 10

Der Bund hat die ausschließliche Gesetzgebung über ... die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder ...

- b) zum Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, des Bestandes und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes (Verfassungsschutz) und
- c) zum Schutze gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, ...

Art. 87 Abs. 1 Satz 2

Durch Bundesgesetz können ... Zentralstellen ... zur Sammlung von Unterlagen für Zwecke des Verfassungsschutzes und des Schutzes gegen Bestrebungen im Bundesgebiet, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, eingerichtet werden.

Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682), geändert durch Gesetz vom 7. August 1972 (BGBl. I S. 1382)

§ 1

- (1) Der Bund und die Länder sind verpflichtet, in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammenzuarbeiten.
- (2) Die Zusammenarbeit besteht auch in gegenseitiger Unterstützung und Hilfeleistung.

§ 2

- (1) Für die Zusammenarbeit des Bundes mit den Ländern errichtet der Bund ein Bundesamt für Verfassungsschutz als Bundesoberbehörde. Es untersteht dem Bundesminister des Innern.
- (2) Für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund bestimmt jedes Land eine Behörde zur Bearbeitung von Angelegenheiten des Verfassungsschutzes.

§ 3

- (1) Aufgabe des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen über
- 1. Bestrebungen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung von Mitgliedern verfassungsmäßiger Organe des Bundes oder eines Landes zum Ziele haben,

2. sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich dieses Gesetzes für eine fremde Macht,
 3. Bestrebungen im Geltungsbereich dieses Gesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.
- (2) Ferner wirken das Bundesamt für Verfassungsschutz und die nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden mit
1. bei der Überprüfung von Personen, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können,
 2. bei der Überprüfung von Personen, die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- und verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen,
 3. bei technischen Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftigen Tatsachen, Gegenständen oder Erkenntnissen gegen die Kenntnisnahme durch Unbefugte.
- (3) Polizeiliche Befugnisse oder Kontrollbefugnisse stehen dem Bundesamt für Verfassungsschutz nicht zu. Zur Wahrnehmung seiner Aufgaben nach Absatz 1 und Absatz 2 ist es befugt, nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden. Das Amt darf einer polizeilichen Dienststelle nicht angegliedert werden.
- (4) Die Gerichte und Behörden und das Bundesamt für Verfassungsschutz leisten sich gegenseitig Rechts- und Amtshilfe (Artikel 35 GG).

§ 4

- (1) Das Bundesamt für Verfassungsschutz unterrichtet die in jedem Lande gemäß § 2 Abs. 2 bestimmte Behörde über alle Unterlagen, deren Kenntnis für das Land zum Zwecke des Verfassungsschutzes erforderlich ist.
- (2) Die in den Ländern bestimmten Behörden unterrichten das Bundesamt über alle Angelegenheiten des Verfassungsschutzes, von denen sie Kenntnis erhalten und die für den Bund, die Länder oder eines von ihnen von Wichtigkeit sind.
- (3) Ist gemäß § 2 Abs. 2 eine andere als die Oberste Landesbehörde bestimmt, so ist die Oberste Landesbehörde gleichzeitig zu benachrichtigen.

§ 5

- (1) Die Bundesregierung kann, wenn ein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes erfolgt, den Obersten Landesbehörden die für die Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund auf dem Gebiete des Verfassungsschutzes erforderlichen Weisungen erteilen.
- (2) Der Bundesminister des Innern kann im Rahmen des § 3 den nach § 2 Abs. 2 bestimmten Behörden Weisungen für die Zusammenarbeit in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes erteilen. § 4 Abs. 3 gilt sinngemäß.

§ 6

Das Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Gesetz über die Errichtung eines Landesamtes für Verfassungsschutz
vom 19. Juli 1951 (GVBl. S. 43), geändert durch Art. 5 des Gesetzes vom 21. März 1962
(GVBl. S. 213)

§ 1

(1) Gemäß § 2 Abs. 2 des Gesetzes über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes vom 27. September 1950 (BGBl. S. 682) wird für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes ein Landesamt für Verfassungsschutz errichtet. Es untersteht dem Minister des Innern.

(2) Der Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz ist Beamter im Sinne des § 57 des Hessischen Beamtengesetzes.

§ 2

Polizeiliche Befugnisse oder Weisungsbefugnisse stehen dem Landesamt für Verfassungsschutz nicht zu.

§ 3

(1) Die hessischen Behörden sind dem Landesamt für Verfassungsschutz zur Auskunft verpflichtet. Auf dessen Ersuchen haben sie ihm Unterlagen über Bestrebungen, die eine Aufhebung, Änderung oder Störung der verfassungsmäßigen Ordnung im Bund oder in einem Lande oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Mitglieder verfassungsmäßiger Organe der Bundesrepublik oder eines Landes zum Ziele haben, zu übersenden.

(2) Die hessischen Behörden sind verpflichtet, dem Landesamt für Verfassungsschutz unverzüglich Mitteilung zu machen, wenn ihnen Bestrebungen der in Absatz 1 bezeichneten Art bekannt werden.

§ 4

Die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften erläßt der Minister des Innern im Einvernehmen mit dem beteiligten Fachminister.

§ 5

Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Parlamentarische Kontrolle

Die parlamentarische Kontrolle über das LfV Hessen übt innerhalb des Hessischen Landtags der ständige Ausschuß (Hauptausschuß) aus. Dies beruht auf § 25 Abs. 6 Satz 1 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags, der lautet: Im übrigen ist der Hauptausschuß insbesondere zuständig für die Beratung von Gegenständen, die verfassungsrechtliche und verfassungspolitische Bedeutung haben, sowie von Gegenständen, die aus Sicherheitsgründen vertraulicher Behandlung bedürfen.

Organisation des Landesamtes für Verfassungsschutz Hessen (LfV)

Das LfV Hessen ist eine obere Landesbehörde und gehört zum Geschäftsbereich des Hessischen Ministers des Innern. Es nahm seine Tätigkeit am 28. November 1950 auf. Die Dienststelle befindet sich in Wiesbaden und ist unter Postfach 3905 bzw. der Telefonnummer (06121) 77821 zu erreichen.

Das LfV gliedert sich in 6 Abteilungen mit folgender Zuständigkeit:

- Abteilung Z — Verwaltung
- Abteilung I — Zentrale Fachfragen,
Nachrichtendienstliches
Informationssystem (NADIS),
Auswertung Rechtsextremismus,
Auswertung Sicherheitsgefährdende
Bestrebungen von Ausländern
- Abteilung II — Beschaffung
- Abteilung III — Auswertung Linksextremismus
und Terrorismus
- Abteilung IV — Spionageabwehr
- Abteilung V — Geheimschutz

Informativer Verfassungsschutz

Unabhängig vom Landesamt für Verfassungsschutz besteht im Hessischen Ministerium des Innern ein Referat für «informativen Verfassungsschutz». Die Aufgaben dieses schon 1968 eingerichteten Referats sind 1974 durch Beschlüsse der Ständigen Konferenz der Innenminister/-senatoren der Länder (IMK) konkretisiert worden. In dem Programm für die «Innere Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland» formulierte die IMK im Februar 1974 als Forderung:

«Verfassungsschutz durch Aufklärung: Die freiheitliche demokratische Grundordnung kann auf die Dauer nur durch die politische Auseinandersetzung mit den verfassungswidrigen Bestrebungen gesichert werden.» In Ausführung dieses Programmsatzes beschloß die IMK am 9. Dezember 1974 die Rahmenkonzeption «Verfassungsschutz durch Aufklärung». In ihrer Sitzung am 2. Februar 1979 hat sie ihre wiederholt geäußerte Auffassung bekräftigt, daß in der Öffentlichkeit Aufgaben, Notwendigkeit, Tätigkeit und Stellung der Verfassungsschutzbehörden besser zu verdeutlichen sind.

Es handelt sich um zwei Aufgabenbereiche, die wechselseitig in einem engen Zusammenhang stehen:

- *Umfassende verfassungsrechtliche und politische Aufklärung über Wesen, Einrichtung und Praxis des Verfassungsschutzes als eines komplexen Sicherungs- und Abwehrsystems gegenüber verfassungswidrigen Bestrebungen einschließlich Darstellung seiner Probleme und rechtlichen Kontrollen.*
- *Information über Art und Umfang der verfassungswidrigen Bestrebungen mit dem Ziel, die geistige Auseinandersetzung im Rahmen der politischen Bildungsarbeit zu unterstützen.*

Der informative Verfassungsschutz befaßt sich auch mit Informationen aus der Ursachenforschung über den politischen Extremismus.

Das Referat beteiligt sich an der Aus- und Fortbildung des öffentlichen Dienstes, insbesondere im Bereich der Polizei und der allgemeinen inneren Verwaltung, unterstützt Lehrer in der politischen Bildungsarbeit, sucht aber auch das unmittelbare Gespräch mit Schülern. Einen wesentlichen Teil der Arbeit macht die Diskussion mit Hochschullehrern und Studenten aus. Politische Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaftsverbände und Kirchen haben seit Jahren mit dem informativen Verfassungsschutz Veranstaltungen durchgeführt.

Vorträge, die vom Referat für informativen Verfassungsschutz gehalten werden und Themen, an deren Diskussion sich das Referat beteiligen kann:

- Verfassungsschutz in der rechtsstaatlichen Demokratie
- Rechtsgrundlagen, Aufgaben und Praxis der Ämter für Verfassungsschutz einschließlich ihrer Kontrolle
- Besondere Probleme des Verfassungsschutzes (Amtshilfe- und Datenschutzrecht)
- Extremisten im öffentlichen Dienst
Historische Entwicklung, Gefahren des politischen Extremismus und rechtliche Probleme
- Zur Problematik des Parteiverbots nach Art. 21 Abs. 2 GG
- Spionageaufklärung in der Bundesrepublik Deutschland
Darstellung von besonderen Fällen
- Der informative Verfassungsschutz als spezieller Weg in Hessen der Bund/Länder-Konzeption «Verfassungsschutz durch Aufklärung»
- Verfassungsschutz und politische Bildung, gemeinsame Lernziele
- Zu den Ursachen der politischen Gewaltkriminalität
Deutungsversuche an praktischen Beispielen

- Linksextreme Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland
Organisationen, Taktik und politische Zielsetzungen
- Strategie und Taktik der prosovjetschen Kommunisten im Rahmen der Bündnispolitik
Einwirkungsversuche auf Gewerkschaften, Umweltschutz- und Friedensbewegungen
Agitation am Arbeitsplatz
- Die Auseinandersetzung zwischen orthodoxen Kommunisten und der extremen Neuen Linken
- Zu den Ursachen linksextremer Bestrebungen
Militanter Antikapitalismus, Proteste gegen die moderne Industriegesellschaft
- Links- und Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland
Zur Diskussion über die Ursachen
- Rechtsextreme Denkvorstellungen in Staat und Gesellschaft
Autoritäre Einstellungen, Antisemitismus, emotionaler Antikommunismus
- Der organisierte Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland
Daten und Fakten über Organisationsstrukturen rechtsextremer Gruppen
- Neonazistische, insbesondere terroristische Aktivitäten in der Bundesrepublik Deutschland
Beteiligung von Jugendlichen und internationale Verbindungen
- Taktik und Propagandamethoden des Rechtsextremismus
Techniken rechtsextremer Agitation
- Der Nährboden des Rechtsextremismus
Deutung der Wahlergebnisse und Darstellung der Trägergruppen sowie der sie begünstigenden Faktoren zur Diskussion der Ergebnisse von Meinungsumfragen
- Die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Bestrebungen
Erfahrungen aus der Praxis und Anregungen am Beispiel der Ausländerfeindlichkeit

Rechtsextreme Bestrebungen

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Die im Jahre 1964 in Hannover gegründete *NPD* wurde weiterhin von dem Rechtsanwalt Martin Mußnug geführt, der bereits seit 1971 an der Spitze der Partei steht. Der 19. ordentliche *Bundespartei-tag*, der im September in Neustadt/Weinstraße stattfand, bestätigte ihn mit großer Mehrheit in seinem Amt. Auch der hessische Landesvorsitzende Erich Gutjahr aus Frankfurt am Main behielt seinen Sitz im *Bundesvorstand* der Partei. Bei dieser Veranstaltung wurde auch der Entwurf eines neuen *Parteiprogramms* bekanntgegeben. Es soll beim nächsten *Bundespartei-tag* verabschiedet werden und das sogenannte *Düsseldorfer Programm* von 1973 ablösen. Das neue Programm befürwortet statt des bisherigen Antibolschewismus einen nationalen Neutralismus. Zudem soll es durch den Verzicht auf einige eindeutig rechtsextreme Formulierungen im Programm von 1973 verschleiern, daß die Partei verfassungsfeindliche Ziele verfolgt.

Durch eine Schenkung erhielt die *NPD* ein Ferienhaus in Oberitalien. Es soll der Partei als *nationaldemokratisches Bildungszentrum* dienen. Die Unterhaltungskosten will die Partei durch die Vermietung des Hauses in lehrgangsfreien Zeiten an Parteimitglieder und durch Spenden decken.

Die *NPD* hat wie im Vorjahr bundesweit etwas über 6.000, nach eigenen Angaben 10.000 Mitglieder.

Am 15. Juni veranstaltete die *NPD* in der Stadthalle von Stadthagen bei Hannover einen *Bundeskongreß*. Er wurde aus An-

laß des 17. Juni als *Deutschlandtreffen* durchgeführt. Die Teilnehmerzahl lag zwischen 600 und 800 Personen, darunter etwa 50 aus Hessen. Die Parteiführung forderte die Mitglieder auf, zuvor am *Schlesiertreffen* (14.—16. Juni) in Hannover teilzunehmen, was teilweise auch befolgt wurde. Dabei verteilten *NPD*-Anhänger in der Innenstadt von Hannover und vor dem Messegelände Propagandaschriften der *NPD* in großer Zahl. Die Ordner des *Schlesiertreffens* bemühten sich, die Verteilung auf dem Veranstaltungsgelände zu verhindern. Der Vorsitzende Mußnug warb bei seiner Rede in Stadthagen ebenfalls für die *NPD* mit dem Hinweis, diese unterstütze als einzige Partei das Recht der Vertriebenen auf ihre Heimat im Osten. Als etwa 300 verummte und mit Schlagstöcken, Latten und Steinen bewaffnete *Autonome* und *Punker* das *Deutschlandtreffen* zu stören versuchten, kam es zu Ausschreitungen. Dabei wurden drei Personen verletzt. Die Polizei nahm 28 Störer fest.

An den hessischen Kommunalwahlen im März nahm die *NPD* nur in drei Landkreisen und drei Gemeinden mit eigenen Kandidaten teil. Sie bestritt ihren Wahlkampf mit Parolen wie «Ausländerstopp» und «Ein Herz für Deutschland», die sie bereits bei der *Europawahl 1984* verwendet hatte. Wie bei dieser Wahl kam sie auch diesmal im Wetteraukreis zu ihrem besten Ergebnis. Sie erhielt dort 1.820 (= 1,3 v.H.), im Lahn-Dill-Kreis 921 (= 0,7 v.H.) und im Kreis Hersfeld-Rotenburg 668 (= 0,8 v.H.) Stimmen. Bei den Gemeindewahlen erreichte sie in Wölfersheim 571 (= 11,5 v.H.), in Gelnhausen 156 (= 1,5 v.H.) und in Rüsselsheim 288 (= 1,0 v.H.) Stimmen. Das für die *NPD* gute Ergebnis in Wölfersheim, wo sie ihren Stimmenanteil verdoppelte und in der Gemeindevertretung statt bisher einem drei Mandate erhielt, fällt aus dem Rahmen der übrigen Wahlergebnisse und ist im wesentlichen auf den persönlichen Ein-

satz des in Wölfersheim wohnhaften Kreisvorsitzenden der Partei zurückzuführen.

Dem Landesverband Hessen gehören unverändert etwa 600 Mitglieder in 21 Kreisverbänden (1984: 20) an. Ein neuer Kreisverband wurde in Gießen gegründet. Dieser verhältnismäßig hohe Organisationsstand täuscht jedoch über die wahre Bedeutung. Nur die Hälfte der Kreisverbände entfaltete Aktivitäten. An den Kommunalwahlen (teils auf Kreis-, teils auf Gemeindeebene) beteiligten sich sogar nur fünf von ihnen. Landesvorsitzender ist Erich Gutjahr aus Frankfurt am Main, der auf dem 15. ordentlichen *Landesparteitag* am 20. Januar in Dillenburg wiedergewählt wurde. Die hessische *NPD* hatte über eine abschließende Entscheidung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs in Kassel erreicht, daß ihr die Stadt Dillenburg die Stadthalle für den *Landesparteitag* zur Verfügung stellen mußte. Als etwa 300 Personen, darunter Gruppen der *DKP*, *SDAJ* und *VVN-BdA*, in der Nähe des Tagungsorts gegen die Veranstaltung protestierten, konnten Auseinandersetzungen zwischen *NPD*-Delegierten und Demonstranten nur durch den Einsatz von Polizeikräften verhindert werden.

Auch in Wetzlar konnte die *NPD* nur durch eine Entscheidung des zuständigen Verwaltungsgerichts erreichen, daß ihr die Stadt einen Raum für eine öffentliche Wahlveranstaltung am 1. Februar zur Verfügung stellte. Gegen die Veranstaltung, die nur schwach besucht war, protestierten etwa 60 überwiegend Jugendliche. Sie beschädigten dabei das Veranstaltungsgebäude.

In Frankfurt am Main veranstaltete der dortige Kreisverband am 28. September eine öffentliche Versammlung mit dem Parteivorsitzenden Mußnug, an der 80 bis 100 Personen teilnahmen. Für diese

Veranstaltung hatte die *NPD* in der Stadt mit 20.000 Flugschriften geworben und etwa 300 Großplakate aufgestellt. Als sich daraufhin eine größere Anzahl von Organisationen dagegen wandte und eine Gegenkundgebung ankündigte, verteilte die *NPD* erneut Handzettel mit der Überschrift «Grüne und Kommunisten als Volksverhetzer entlarvt». Die so massiv angekündigte Absicht der *NPD*, in einem stark von Ausländern bewohnten Stadtteil ihre öffentliche Versammlung abzuhalten, führte zu einer erheblichen Emotionalisierung. Nachdem die ordnungsgemäß angemeldete Gegenkundgebung vor dem Veranstaltungsort der *NPD* beendet war, kam es zu schweren gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Teilnehmern an dieser Veranstaltung und der Polizei. Dabei kam der 36-jährige Günter Sare ums Leben.

Im Februar schloß das *NPD*-Bundesschiedsgericht den ehemaligen Vorsitzenden des *NPD*-Kreisverbandes Lahn-Dill aus der Partei aus. Er hatte im November 1983 trotz eines Unvereinbarkeitsbeschlusses das Auftreten von Angehörigen der damals noch nicht verbotenen *Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)* bei einer *NPD*-Veranstaltung geduldet.

Hessenliste für Ausländerstopp (HLA)

Die im Jahre 1982 gegründete *Hessenliste für Ausländerstopp* ist eine Schöpfung von *NPD*-Mitgliedern, die sich unter Ausnutzung von Ängsten der deutschen Bevölkerung vor Überfremdung durch Ausländer und Verschweigen der *NPD*-Verbindung größere Erfolge bei Wahlen erhofften. Entgegen dieser Zielrichtung beteiligte sich die *HLA* jedoch bisher nicht an Wahlen. Sie hatte offensichtlich nicht das von ihr erhoffte öffentliche Interesse gefunden. Zudem war die Verbindung zur *NPD* frühzeitig bekanntgeworden.

Die HLA hat eine Mitgliederzahl von allenfalls 80 Personen. Ihr regelmäßig monatlich erscheinendes Mitteilungsblatt *Die Parole* stellte die einzige Aktivität dar.

Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund zur Pflege deutscher Kultur (ANV/VB)

Die Bezeichnung ANV/VB ist in Hessen erstmals bekanntgeworden, als Anfang Juni mit persönlichen Anschreiben zu einer *Großen Zentralen Sonnenwendfeier* am 22. Juni eingeladen wurde. Als Anschrift des Veranstalters ANV/VB war ein Postfach angegeben, das dem NPD-Kreisverband Wiesbaden gehört. Die Einladung, die aus «Sicherheitsgründen» den genauen Veranstaltungsort nicht nannte und als Treffpunkt lediglich auf einen «Hauptkontrollpunkt» in der Nähe von Idstein/Taunus verwies — die *Sonnenwendfeier* fand unter Beteiligung von etwa 80 Personen tatsächlich bei Butzbach statt —, enthielt einen Aufruf an *Volks-treue* mit dem für den Rechtsextremismus kennzeichnenden völkischen Ahnenkult. Die Veranstaltung wurde von dem stellvertretenden Vorsitzenden des NPD-Kreisverbandes Wiesbaden ohne Hinweis auf dessen Verbindung zur Partei eröffnet.

Am 21. Dezember fand an gleicher Stelle und mit ähnlichem Ablauf eine *Große Zentrale Weihnachts- und Sonnenwendfeier* statt, die ebenfalls von etwa 80 Personen besucht war.

Junge Nationaldemokraten (JN)

Die *Jungen Nationaldemokraten* verfolgen als Jugendorganisation der NPD die extreme politische Zielrichtung der Partei. Der Mitgliederstand des Vorjahres (bundesweit etwa 550) wurde gehalten. Der 14. ordentliche *Bundeskongreß* fand am 26./27. Oktober in München statt.

Seit Anfang des Jahres erschien bundesweit eine neue JN-Publikation mit der Bezeichnung *Komet*, die sich an Schüler und andere Jugendliche wendet. Die Auflage beträgt nach eigenen Angaben 110.000 Exemplare. Es ist ein erneuter Versuch der JN, Interessenten und Mitglieder unter Schülern und Jugendlichen zu werben. Das Blatt folgt der Linie der NPD-Agitation. Chefredakteur ist der Vorsitzende der JN-Nordrhein-Westfalen. Die JN-Zeitschrift *Junge Stimme* mit einer Auflage von etwa 1.000 Exemplaren erscheint weiterhin in unregelmäßigen Abständen.

Der hessische Landesverband der JN, der wie bisher etwa 70 Mitglieder hat, gibt die Schülerzeitschrift *JN-Rebell* heraus. Er unterstützte die Mutterpartei bei deren Wahlkampf zu den hessischen Kommunalwahlen durch Versammlungen, Informationsstände und die Verteilung von Flugblättern. Auf dem *JN-Landeskongreß* am 22. Juni in Bensheim wurde ein neuer Vorsitzender gewählt.

Sonstige traditionelle rechtsextreme Gruppen und Jugendorganisationen

Deutsche Volksunion (DVU)

Die im Jahre 1971 gegründete DVU ist eine Art Kernorganisation der *National-freiheitlichen Rechten*. Um sie bildete sich eine Reihe Aktionsgemeinschaften. Gründer und bestimmende Person aller dieser Organisationen ist Dr. Gerhard Frey aus München.

Die DVU stellt bundesweit mit ihren Aktionsgemeinschaften

Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA),
Initiative für Ausländerbegrenzung (IfA),
Aktion Deutsche Einheit (AKON),

*Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF),
Ehrenbund Rudel (ER) und
Schutzbund für Leben und Umwelt (SLU)*

und mehr als 12.000 Mitgliedern die zahlenmäßig stärkste rechtsextreme Organisation dar. Nach der Satzung wird das Mitglied einer Aktionsgemeinschaft auch Mitglied der DVU. Das dürfte den einer solchen Aktionsgemeinschaft Beitretenden nicht immer bewußt sein.

Dr. Frey gibt als Wochenblätter die *Deutsche National-Zeitung (DNZ)* mit einer Auflage von 100.000 und das offizielle Organ der DVU, den *Deutschen Anzeiger (DA)* mit einer Auflage von 20.000 Exemplaren heraus. Die darin enthaltenen Beiträge schüren seit Jahren die Ausländerfeindlichkeit und wenden sich in verletzender Form gegen Repräsentanten unserer Demokratie.

So finden sich in der DNZ vom 3. Mai 1985 unter einem Foto, das den Bundespräsidenten und den Bundeskanzler an der Gedenkstätte im ehemaligen Konzentrationslager Bergen-Belsen zeigt, die folgenden Sätze:

«Solche Rituale treten zunehmend an die Stelle der wegen biologischer Verjähmung endenden NS-Prozesse, um das deutsche Volk buß- und sühnefertig Generation um Generation zu erhalten. An die Spitze der Bewältiger setzt sich nun Kohl, der völlig undifferenziert selbst die absurdesten Übertreibungen der kommunistischen Propaganda übernimmt und dem deutschen Volk ein bleibendes Kainsmal aufzudrücken trachtet.»

Die DVU bemühte sich vor allem durch Vorträge ihres Hauptredners, des britischen Schriftstellers David Irving, das Interesse der Öffentlichkeit auf sich zu lenken. Themen waren u. a. die Kapitulation

der deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 und die *Nürnberger Prozesse*. Die Bundesversammlung der DVU fand am 2. Juni unter Beteiligung von etwa 350 Personen in Würzburg statt. Dabei wurde David Irving «in Würdigung seines unermüdlischen Bestrebens, die Geschichtslügen aufzudecken», der mit 10.000 DM dotierte *Hans-Ulrich-Rudel-Preis* verliehen. Drei Vorträge der DVU mit David Irving als Redner wurden auch in Hessen durchgeführt. Zu der Veranstaltung in Alsfeld kamen etwa 60, in Rüdeshelm und Kassel jeweils etwa 100 Zuhörer.

Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e.V. (HIAG)

Die HIAG ist ein beim Amtsgericht Bonn eingetragener Verein. Sie hat als Untergliederung Landesverbände im gesamten Bundesgebiet. Neben der Möglichkeit für natürliche Personen, Mitglied zu werden, ist auch eine korporative Mitgliedschaft vorgesehen.

Das Organ der HIAG, die monatlich erscheinende Publikation *Der Freiwillige*, verherrlicht Kriegseinsätze der Waffen-SS, ohne sich vom politischen System des NS-Staates zu distanzieren. Es wirbt für das zum Teil als rechtsextrem einzustufende Bücherangebot des MUNIN-Verlages in Osnabrück, der mit der HIAG personell und institutionell eng verbunden ist.

Neben natürlichen Personen sind auch «Kameradschaftsverbände» von Einheiten der ehemaligen SS-Mitglieder korporative Mitglieder der HIAG. Gegen Teilnehmer eines Treffens des «Kameradschaftsverbandes» ehemaliger Mitglieder der SS-Divisionen «*Leibstandarte Adolf Hitler*» und «*Hitlerjugend*» im Mai in Nesselwang wurde Anzeige wegen Volksver-

hetzung, Verunglimpfung des Staates und Beleidigung erstattet.

Wiking-Jugend (WJ)

Die im Jahre 1952 gegründete *Wiking-Jugend* zählt zu den ältesten rechtsextremen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland. Sie konnte ihre Mitgliederzahl bundesweit gegenüber dem Vorjahr (460) leicht auf etwa 500 steigern und ist damit die größte, nicht an eine Partei gebundene rechtsextreme Jugendorganisation. In Hessen hat sie etwa 50 Mitglieder.

Die *Wiking-Jugend* versteht sich als *national-bündische* Gruppe, die in der Tradition der *Hitler-Jugend* steht. Ihre Aktivitäten sind seit dem Ende der siebziger Jahre erkennbar militanter geworden. Sie bildet heute ein wichtiges Rekrutierungspotential für neonazistische Zirkel.

Im Januar gründeten *WJ*- und ehemalige *ANS/NA*-Anhänger als gemeinsame «*Aktionsplattform*» die *Volkstreue außerparlamentarische Opposition (VAPO)*. Die *VAPO* will weder eine Partei noch ein fest organisierter Verein sein; sie versteht sich als «*rechte APO*» mit dem Grundsatz «Alle machen mit, keiner ist verantwortlich». Erste gemeinsame Aktion war der Versuch, eine DGB-Kundgebung am 4. Mai in Aachen zu stören. Dazu kamen unter Führung des *WJ*-Bundesführers über 100 Rechtsextremisten zusammen, unter ihnen Anhänger der *FAP* und *Skinheads* sowie belgische, italienische, niederländische und österreichische Staatsangehörige. Starker Polizeieinsatz verhinderte jedoch größere Störungen. Es kam lediglich zu kleineren Zusammenstößen zwischen Rechtsextremisten und der Polizei. Die Zusammenarbeit innerhalb der *VAPO* beschränkte sich neben vereinzelt gemeinsamen Aktionen auf wehrsportähnli-

che Übungen von Angehörigen der *WJ* und ehemaligen Anhängern der verbotenen *ANS/NA*, die meist außerhalb Hessens stattfanden.

Vom 9. bis 14. April veranstaltete die *WJ* in einer Jugendherberge bei Melsungen ihr *Bundesmädelager* mit nur wenigen Teilnehmerinnen. Das *Pfingstlager* wurde im Mai in Bayern mit etwa 180 Teilnehmern durchgeführt. Der örtliche *NPD*-Kreisvorsitzende hatte das Lagergelände zur Verfügung gestellt. An gleicher Stelle fand im Juli auch ein *Sommerlager* statt. Daran beteiligten sich etwa 60 Personen.

Obwohl der Hessische Verwaltungsgerichtshof in letzter Instanz das vom Landrat des Landkreises Fulda ausgesprochene Verbot der zum Jahresende 1985 von der *WJ* in Hilders/Rhön geplanten Veranstaltungen bestätigt hatte, kamen am Silvesternachmittag etwa 50 Rechtsextremisten in Fulda zusammen, um eine angemeldete Demonstration des *Aktionskomitees* «Nie wieder Faschismus» zu stören. Die Polizei verhinderte tätliche Auseinandersetzungen. Den Rechtsextremisten gelang es lediglich, vereinzelt Feuerwerkskörper unter die Demonstrationsteilnehmer zu werfen. Statt des üblichen *Mahnfeuers* in der Silvesternacht an der Grenze zur *DDR* veranstaltete die *WJ* in einer Gaststätte in Poppenhausen einen *Kameradschaftsabend*, an dem auch Angehörige der *FAP* teilnahmen.

Im Vorfeld der Silvesteraktion hatten sich etwa 65 *WJ*-Mitglieder aus dem gesamten Bundesgebiet unter der Tarnbezeichnung «*Sport- und Spielkreis*» in einer Jugendherberge in Schlitz einquartiert. Am Tag der Aktion waren sie dann mit Privatfahrzeugen nach Fulda gereist. Bei einer unterwegs von der Polizei durchgeführten Kontrolle der Fahrzeuge konnten mehrere Schreckschußwaffen und Schlagwerkzeuge sichergestellt werden. Sieben Per-

sonen, sämtlich Mitglieder der *WJ-Hessen*, wurden vorläufig festgenommen.

Neonazistische Bestrebungen

Aktivitäten ehemaliger Angehöriger der Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)

Am 25. Januar verurteilte das Landgericht Frankfurt am Main den ehemaligen *Organisationsleiter* der Ende 1983 verbotenen ANS/NA, Michael Kühnen, zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren und vier Monaten und einen seiner ehemaligen Anhänger zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und sechs Monaten. Sie wurden für schuldig befunden, NS-Propagandamittel verbreitet und Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verwendet zu haben. Nach Überzeugung des Gerichts handelte Kühnen «aus bewußt rechts- und demokratiefeindlicher Gesinnung». Als besonders schwerwiegend wurde sein Bestreben gewertet, meist unkritische, ihm intellektuell weit unterlegene Menschen in den Bann zu ziehen, um «mit allen Mitteln das Wiederaufleben des Nationalsozialismus in Deutschland» zu erreichen. Die von Kühnen gegen das Urteil eingelegte Revision wurde vom Bundesgerichtshof als unbegründet zurückgewiesen. Das Urteil ist damit rechtskräftig.

Die Anhänger Kühnens bezeichneten seine Verurteilung als «Gesinnungs- und Polit-Justiz». Daher sei «Widerstand gegen dieses System nicht nur legal, sondern die Pflicht eines jeden». Mit der gleichzeitig erhobenen Forderung nach seiner Freilassung, die bei fast allen Flugblatt- und Schmieraktionen der ehemaligen ANS/NA-Anhängerschaft wiederholt wurde, sollten die anhaltende Stagnation überwunden und die Sympathisanten mobilisiert werden. Verschiedent-

lich wurde der Forderung nach Freilassung mit Bombendrohungen Nachdruck verliehen.

Im Lahn-Dill-Kreis erregte ein Aufruf zur Gründung eines *Freikorps Michael Kühnen (Kampfbund Oranien)* Aufsehen.

Kühnen selbst versuchte mit seinen *Briefen aus der Haft*, die in der Broschüre *Die Neue Front* veröffentlicht wurden, die direkte Kommunikation mit seiner Anhängerschaft aufrechtzuerhalten und deren Aktivitäten weiterhin zu beeinflussen. Das Heft wird seit der Verurteilung und Inhaftierung des verantwortlichen *Redaktionssekretärs* Christian Worch in Paris zusammengestellt und von dort in die Bundesrepublik Deutschland versandt. Unter der dortigen Kontaktadresse hatte Kühnen während seines Frankreich-Aufenthalts auch die Publikation *Unser Europa* herausgegeben.

Um die Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten im europäischen Ausland enger zu gestalten, gründeten ehemalige ANS/NA-Funktionäre am 31. August/1. September in Paris eine «*Europäische Bewegung*». Damit sollte das von Kühnen entwickelte Konzept der «*Europäischen SA*» fortgeführt werden.

Im Juni wurde die bis dahin inaktive *Deutsche Frauenfront (DFF)* neu gegründet. Die DFF betont zwar ständig ihre «Unabhängigkeit», stimmt aber den Veröffentlichungen Kühnens «unumwunden» zu und sieht sich in der Tradition des «Mädelbundes im Rahmen der ANS». Die Mitglieder der DFF nahmen an Treffen ehemaliger ANS/NA-Anhänger teil. Das monatlich erscheinende Publikationsorgan *Deutsche Frauenfront informiert* bot ausländerfeindliche und diskriminierende Aufkleber und Flugblätter an.

Von der erst im Februar 1984 durch ehemalige ANS/NA-Anhänger gegründeten

Nationalen Volksfront (NVF) spaltete sich zum Jahreswechsel 1984/1985 eine kleine Gruppe als *Sozialistische Reichstreue Patrioten (SRP)* mit Sitz in Mainz ab. Ein ebenso kleiner Personenkreis aus dem Raum Rüsselsheim verblieb in der *NVF* und opponierte in zunehmendem Maße gegen den Führungsanspruch des ebenfalls aus ehemaligen *ANS/NA*-Mitgliedern gebildeten *Frankfurter Freundeskreises Germania* im Rhein-Main-Gebiet.

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)

Ehemalige Anhänger der Ende 1983 verbotenen *Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)*, die trotz des Verbots ihre Aktivitäten nicht einstellen wollten, traten in die 1979 gegründete *Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei* ein. Diese in den ersten Jahren ihres Bestehens völlig unbedeutende, damals nicht eindeutig rechtsextreme Gruppierung entwickelte sich durch den zunehmenden Eintritt ehemaliger Angehöriger der verbotenen *ANS/NA* zur inzwischen mitgliederstärksten neonazistischen Organisation. Die *FAP* hat jetzt bundesweit etwa 280 bis 300 Mitglieder, die in sechs Landes- und 25 Kreisverbänden zusammengefaßt sind.

In der Erkenntnis, daß Anhänger der verbotenen *ANS/NA* die *FAP* unterwandern und für ihre Ziele benutzen, distanzierte sich der Bundesvorsitzende Pape vom Nationalsozialismus und versuchte, in seiner Organisation auf die Einhaltung demokratischer Regeln hinzuwirken und den Einfluß der ehemaligen *ANS/NA*-Anhängerschaft einzudämmen. Er appellierte in der von ihm herausgegebenen Monatszeitung *Deutscher Standpunkt (DS)* an die Mitglieder und forderte in Briefen den Bundesminister des Innern und die Innenminister der Länder auf, ihn gegen die Neonazis zu unterstützen. Pape verhielt sich jedoch bisher nur wenig

konsequent und beschränkte sich fast ausschließlich auf verbale Rügen.

In Hessen sollte nach dem Verbot der *ANS/NA* das Auseinanderfallen der Anhängerschaft zunächst durch die Gründung sogenannter *örtlicher Leserkreise der Neuen Front* verhindert werden. Die inzwischen in Paris zusammengestellte und in die Bundesrepublik Deutschland versandte Broschüre *Die Neue Front* versucht auch heute noch diesem Ziel zu dienen. Der *Frankfurter Leserkreis* trat als *Frankfurter Freundeskreis Germania (FK-Germania)* in Erscheinung. Seine Angehörigen bilden derzeit in nahezu personeller Identität den *FAP*-Kreisverband Frankfurt am Main.

Während es der *FAP* in einigen anderen Bundesländern gelang, ihre Organisation und Mitgliederzahl auszubauen, nahm in Hessen die Zahl der Aktivisten von etwa 55 auf etwa 45 ab. Ein Landesverband wurde am 28. September gegründet (Nordrhein-Westfalen bereits im Februar). Die Verurteilung Kühnens, das Scheitern einer von der *Frankfurter FAP* groß angelegten *«Demonstration gegen Ausländer-Kriminalität»* und der Mißerfolg bei den hessischen Kommunalwahlen am 10. März bewirkten, daß es nur zu wenigen Aktionen kam. Bei diesen Wahlen konnte die *FAP* nur in Frankfurt am Main eine Liste aufstellen. Sie erhielt 322 Stimmen (= 0,1 v.H.). Die Kandidaten gehörten vor dem Verbot der *ANS/NA* an. Zwei von ihnen hatten bereits bei der hessischen Landtagswahl am 25. September 1983 für die mit der *ANS/NA* verbotene *Aktion Ausländerrückführung (AAR)* kandidiert. Die *FAP* führte das schlechte Kommunalwahlergebnis darauf zurück, daß der Wähler noch nicht erkannt habe, wie es um Deutschland bestellt sei.

Während des Kommunalwahlkampfes kam es am 19. Januar an einem Informationsstand der *FAP* in Frankfurt am Main

zu einer tätlichen Auseinandersetzung mit Jugendlichen. Daraufhin wurden alle bereits genehmigten Informationsstände der *FAP* von der Ordnungsbehörde verboten und neue nicht mehr zugelassen.

Obwohl die vom *FAP*-Kreisverband Frankfurt am Main für den 23. Februar angekündigte öffentliche Kundgebung gegen «Ausländer-Kriminalität» untersagt worden war, versammelten sich etwa 40 Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet in der Stadt. Ihnen standen etwa 100 Demonstranten gegenüber. Als eine Konfrontation beider Gruppen drohte, flüchteten die *FAP*-Anhänger. Zu weiteren Auseinandersetzungen kam es am gleichen Tag vor einer Gaststätte in Frankfurt am Main, die von der *FAP* für eine Saalveranstaltung gemietet worden war.

Am 1. Juni betrieb die Frankfurter *FAP* in Langen im Landkreis Offenbach am Main einen Informationsstand. Dabei kam es mit etwa 20 politischen Gegnern zu verbalen Streitigkeiten. Nachdem der Magistrat der Stadt Langen beschlossen hatte, in Zukunft weitere *FAP*-Aktionen nicht mehr zuzulassen, ging am 12. August beim Bürgermeister der Stadt ein mit «*FAP*» unterzeichnetes Drohschreiben ein.

Bei der Frankfurter Buchmesse verteilten am 12. Oktober *FAP*-Anhänger Flugblätter mit der Parole «8. Mai 1945 — Kapitulation feiern, nein danke!» und den Forderungen «Deutschland nur Deutschen» und «Ausländer raus!».

Am 23. November beteiligten sich etwa zehn hessische Neonazis an einer Demonstration in Nürnberg gegen die dort tagende «*Internationale Konferenz zum 40. Jahrestag des Beginns der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse*». In Flugblättern griffen sie die Konferenz als «Jubiläumsfeier zur Rechtfertigung von Rechtsbeugung und Justizmord» an.

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)

Die *Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.* zählt mit der *FAP* zu den zahlenmäßig bedeutendsten neonazistischen Organisationen. Nach dem Zulauf aus Kreisen der verbotenen *ANS/NA* und unter Führung von Christa Goerth hat sie derzeit etwa 200 eingetragene Mitglieder; ungefähr 100 weitere Personen sind ihr eng verbunden. Christa Goerth konnte ihre Position als Nachfolgerin des früheren Vorsitzenden Henry Beier festigen. Sie forcierte meist mit Hilfe von *FAP*-Angehörigen eine Kampagne mit der Forderung nach Freilassung von Michael Kühnen aus «politischer Gefangenschaft». In Flugblättern und Aufklebern heißt es dazu:

«Freiheit für Michael Kühnen» oder
«Freiheit für alle *NS*-Kämpfer — Hände weg von Michael Kühnen».

Einige führende *HNG*-Mitglieder übten Kritik an der Bevorzugung Kühnens und wiesen auf die möglichen Folgen einer nach außen hin erkennbaren Politisierung der *HNG* im Sinne der *FAP* hin.

Die monatlich erscheinende Publikation *Nachrichten der HNG* versuchte, den Gesinnungsgenossen durch die Verbreitung von Durchhalteparolen inhaftierter Neonazis Zuversicht und das Gefühl der Geschlossenheit zu vermitteln. Sie gab Rechtsextremisten wie Manfred Roeder Gelegenheit, durch Veröffentlichungen von Leserbriefen ihre Haftsituation in verzerrter Weise zu schildern.

Nach der regelmäßig veröffentlichten *Gefangenenliste* unterstützte die *HNG* laufend etwa 30 im In- und Ausland inhaftierte «nationale politische Gefangene», darunter Rechtsterroristen und militante Neonazis.

Die *HNG* organisierte 1985 zwei größere

Veranstaltungen, beide in Hessen. An der Jahreshauptversammlung im März in Kassel nahmen etwa 100 Personen und an der Mitgliederversammlung im November in Petersberg-Steinau bei Fulda etwa 70 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet teil, darunter fast alle maßgeblichen FAP-Angehörigen. Bei der Versammlung im November wurden eine neue Satzung und Geschäftsordnung sowie eine Beitrags- und Spesenordnung verabschiedet. Auch danach will die HNG «ausschließlich und unmittelbar caritative Zwecke» verfolgen. Demgegenüber war zu beobachten, daß verstärkt neonazistische Beiträge in den *Nachrichten der HNG* erschienen.

Deutsche Bürgerinitiative e.V. (DBI)

Die Vorsitzende der *DBI*, die Ehefrau des inhaftierten Manfred Roeder, setzte auch 1985 die Freundestreffen auf dem sogenannten *Reichshof* in Schwarzenborn fort.

Manfred Roeder selbst verfaßte weiterhin die Beiträge für die *Rundbriefe der DBI*. Den 54. *Rundbrief* vom September/Oktober hat er als «offenen Brief» an den Bundespräsidenten wegen dessen Rede zum 8. Mai bezeichnet. Er schreibt darin u. a.: «Wer für seine Rede bei Juden, Zigeunern, Kommunisten, in Rußland, Polen, Israel oder New York und von notorischen Deutschenhassern bejubelt wird — nicht zu vergessen die Homosexuellen —, der dürfte wohl kaum ausgedrückt haben, was die Mehrheit unseres Volkes an diesem Tag empfunden hat.»

Das Spendeneinkommen der *DBI* ist weiter zurückgegangen.

Neonazistische Ausschreitungen

Die Zahl der erfaßten Ausschreitungen mit rechtsextremer Motivation hat sich mit

199 Stör- und Schmieraktionen sowie antisemitischen oder neonazistischen Drohungen gegenüber dem Vorjahr (166) erhöht. Ziele der Aktionen waren Ausländer, jüdische Mitbürger, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, Presseorgane und Wirtschaftsunternehmen. Regionale Schwerpunkte bildeten Frankfurt am Main und Umgebung (113), Kassel (12) und Wiesbaden (10). Bei den Schmieraktionen wurden u. a. folgende Parolen verwendet:

«Freiheit für Michael Kühnen», «Ausländer raus», «Juda verrecke» und «Deutschland erwache».

Am 23. März verunstatteten Unbekannte eine Freizeiteinrichtung im Habichtswald mit Hakenkreuzen und Parolen wie:

«Eingang für Juden — Ausgang für Asche».

Vor dem Eingang eines von Türken bewohnten Hauses in Oberursel wurde in der Nacht zum 28. April eine Lampe mit der Aufschrift «KZ-Lampe, Sieg Heil» abgestellt. Darunter befand sich ein Papier mit der Aufschrift: «Deutschland den Deutschen. Jude ist gleich Türken-schwein. ANS/NA».

Am 11. Juli brannten in Steinbach/Taunus die Keller zweier benachbarter Wohnhäuser, die u. a. von amerikanischen Militärangehörigen bewohnt werden. Dem Brandanschlag folgte die telefonische Selbstbezeichnung eines anonymen Anrufers, der sich als «*Aktionsfront Nationaler Sozialisten*» meldete.

In der Nacht zum 21. August besprühten unbekannte Täter auf einem jüdischen Friedhof in Frankfurt am Main 59 Gräber mit Parolen wie:

«Wir gehen über Leichen *NSDAP*», «Juda verrecke», «6 Millionen sind nicht genug».

Am 26. November kündigte ein anonymer

Anrufer bei der Deutschen Bundesbahn in Frankfurt am Main eine Bombenexplosion in einem Intercity-Zug auf der Strecke Frankfurt am Main—Hamburg an. Die Drohung endete mit der Forderung «Freiheit für Michael Kühnen».

Beurteilung

Die Zielsetzung der rechtsextremen Parteien, Gruppen und Einzelpersonen hat sich nicht geändert. Schwerpunkt ihrer Agitation war die Ausländerfeindlichkeit. Die Mitgliederzahlen stagnieren zwar; die von ihnen verübten Stör- und Schmieraktionen sind jedoch mit 199 gegenüber dem Vorjahr (166) gestiegen.

Nachdem die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)* nach Jahren stetigen Rückgangs der Mitglieder (1969: 28.000; 1971: 18.300; 1975: 10.800; 1979: 8.000; 1981: weniger als 7.000; 1982: weniger als 6.000) 1983 erstmals die Mitgliederzahlen hielt und 1984 sogar einen leichten Zuwachs erzielte, blieben diese 1985 mit etwas über 6.000 gegenüber dem Vorjahr gleich. Der jahrelange Verfallsprozeß der *NPD* scheint damit zunächst gestoppt, zumal sie durch ihren Stimmenanteil von 0,8% bei der *Europawahl* am 17. Juni 1984 und die dadurch er-

reichte Wahlkampfkostenerstattung ihre finanziellen Schwierigkeiten überwunden hat. Aus den Ergebnissen der Kommunalwahlen im März läßt sich keine Tendenz ableiten, da die *NPD* nur in drei Landkreisen und drei Gemeinden kandidierte.

Die Probleme der neonazistischen Gruppen im personellen und organisatorischen Bereich konnten nicht überwunden werden; sie sind zumindest in Teilbereichen noch größer geworden. Dies gilt insbesondere für die Anhängerschaft der verbotenen *Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)*, die in der *Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)* ein Auffangbecken gefunden hat. Die bereits im Vorjahr in Teilbereichen der *Wiking-Jugend* erkennbaren neonazistischen und gewaltorientierten Tendenzen haben sich verstärkt. Die *Wiking-Jugend* bildet heute ein wichtiges Rekrutierungspotential für neonazistische Zirkel, wie beispielsweise die Gründung der *Volkstreuen außerparlamentarischen Opposition* zeigt. Gemeinsame Aktionen von Angehörigen der *Wiking-Jugend* und Mitgliedern der *FAP*, bei denen es sich meist um ehemalige Aktivisten der *ANS/NA* handelt, deuten auf eine verstärkte Zusammenarbeit dieser extremen Gruppierungen hin, die besonderer Aufmerksamkeit bedarf.

Linksextreme Bestrebungen

Orthodoxer Kommunismus

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die 1968 gegründete *DKP* hält unverändert an ihren marxistisch-leninistischen Grundpositionen fest. Als «Revolutionäre Partei der Arbeiterklasse» steht sie in der Tradition und Kontinuität der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen *Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)*. Ihre enge Bindung an *KPdsU* und *SED* war weiterhin bestimmend für die gesamte Tätigkeit der Partei. Die Mitgliederzahl der *DKP* liegt bei rund 40.000 (nach eigenen Angaben 50.000). Erster Vorsitzender ist seit 1973 Herbert Mies. Am 5. September eröffnete er die Vertretung des *DKP-Parteivorstandes* in der Bundeshauptstadt, Poppelsdorfer Allee 64. Sie soll «Standpunkte, Vorschläge und Initiativen» der *DKP* in der Bundespolitik stärker zur Kenntnis bringen.

Als einzige Partei in der Bundesrepublik Deutschland gibt die *DKP* ihr Zentralorgan *Unsere Zeit (UZ)* als Tageszeitung heraus. Die Auflage liegt bei knapp 25.000 Exemplaren, nur die Freitagsausgabe mit Wochenendbeilage wird in 48.000 Exemplaren hergestellt. Zu aktuellen Anlässen erscheinen *Extrablätter* in weit höherer Auflage. Der *DKP-Parteivorstand* gibt weiterhin zweimonatlich die Zeitschrift *praxis — Erfahrungen aus dem Leben und der Arbeit der Partei* sowie in unregelmäßiger Folge die Zeitung *DKP-Landrevue*, den *DKP-Pressedienst* und einen *info-dienst — Informationsdienst für DKP-Betriebszeitungen, Wohngebiets- und Hochschulzeitungen* — heraus. Theoretisches Organ der *DKP* ist die Zweimonatsschrift *Marxistische Blätter*, herausgegeben vom Verlag *Marxistische Blätter GmbH* in Frankfurt am Main (Auflage

7.000 Exemplare). Die *DKP*-nahe *Progress-Press-Agentur (PPA)* veröffentlicht einen *PPA-Tagesdienst* mit Berichten über die Aktivitäten der *DKP* und der ihr nahe stehenden Organisationen.

Der *DKP*-Bezirksorganisation Hessen gehören über 5.000 Mitglieder an, organisiert in 20 Kreisorganisationen sowie in rund 200 Orts- bzw. Stadtteilgruppen, Betriebs- und Hochschulgruppen. Sie geben zahlreiche Kleinzeitungen in meist unregelmäßiger Folge heraus. Der *DKP*-Bezirksvorstand veröffentlicht unter dem Titel *Denkzettel* vierteljährlich ein Mittelungsblatt für die «*Probleme fortschrittlicher Kultur und Kulturschaffender in Hessen*».

Am 28. Juni veröffentlichte die *DKP* einen Entwurf programmatischer *Thesen*, die das 1978 verabschiedete *Parteiprogramm* ergänzen sollen. Darin nimmt die *DKP* zu «Neuen Fragen des Kampfes für Frieden und Arbeit — für eine demokratische Wende» Stellung. Danach ist «unverrückbares Ziel» der *DKP* eine «sozialistische Bundesrepublik», in der «die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen die Macht ausüben» (*These* 31). Mit dieser Formulierung umschreibt die *DKP* die politische Organisationsform der *Diktatur des Proletariats*, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar ist. Gemäß der revolutionären Strategie und Taktik Lenins soll das sozialistische Ziel über mehrere Etappen erreicht werden. Zunächst will die *DKP* das «Kräfteverhältnis zugunsten der Arbeiterklasse» und der bündnisbereiten «demokratischen Kräfte» verändern und eine «Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt» herbeiführen, die dann in eine «antimonopolistische Demokratie» einmünden und den Weg zum Sozialismus öffnen soll (*DKP-Programm* S. 33 und 66). Hierfür erstrebt die *DKP* ein breites Bündnis, dessen Kern die «*Aktionseinheit der Arbeiterklasse*» (Zusammenarbeit mit So-

zialdemokraten und Gewerkschaften) sein soll. Es soll verhindern, daß bei der angestrebten sozialistischen Revolution die «*Monopolbourgeoisie*» Gewalt einsetzt, um die «gesellschaftlichen Veränderungen» abzuwenden.

Nächste strategische Orientierung auf dem Weg zum kommunistischen Sozialismus bleibt im *Thesen*-Entwurf der «Kampf um eine Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt». Eingeschoben wurde jedoch die «Verteidigung des in der Vergangenheit Erreichten» als Ausgangspunkt dieses Kampfes. Begründet wird diese programmatische Änderung mit der Behauptung, unter den Bedingungen der *CDU/CSU/F.D.P.*-Regierung vollziehe sich auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens eine Wende nach rechts. Diese müsse zunächst gestoppt werden (*These 5*). Die «Zurückdrängung der Sozialpartnerschaftsideologie, die Stärkung des Klassenbewußtseins und der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse» sei eine wichtige Voraussetzung «für die Ablösung der Rechtskoalition, für die Einleitung einer Wende zu demokratischem und sozialem Fortschritt» (*These 19*). Vorrangige Aufgabe der *DKP* sei die erfolgreiche Weiterentwicklung der *Friedensbewegung* unter noch stärkerer «Einbeziehung der Arbeiterklasse». Offenbar aus taktischen Erwägungen fordert die *DKP* jetzt «Eine radikale Abrüstung in West u n d O s t» (*These 9*) und erklärt den Friedenskampf zur «ersten Pflicht eines jeden Revolutionärs» (*These 1*).

Nach Ansicht der *DKP* ist die *Friedensbewegung* das für den Kampf um eine «demokratische Wende» am besten geeignete Bündnis. Unter ihrem Einfluß hätten sich nicht nur «tiefe Veränderungen im Denken» ergeben, sondern auch neue Impulse für den «Kampf gegen den Polizei- und Überwachungsstaat» sowie für die «antifaschistische Bewegung» (*UZ-Beilage vom 15. Juni 1985, Seite 32*).

Die *DKP* trete für die größtmögliche Breite dieses Bündnisses ein. Das Trennende dürfe kein Hindernis für gemeinsames Handeln sein. Eine Verabsolutierung der einen oder anderen Kampfform müsse vermieden werden. Es gelte der Grundsatz, daß diejenigen Kampfformen am zweckmäßigsten seien, «die der Verbreiterung demokratischer Bewegungen am meisten dienen, die dazu beitragen, Bewußtsein und Kampfbereitschaft» voranzutreiben (*These 24*).

In den grundlegenden politisch-ideologischen Aussagen bringt der *Thesen*-Entwurf keine Abweichung von den bisherigen Grundsatzdokumenten der *DKP*. Durch ihr Selbstverständnis als «revolutionäre Partei der Arbeiterklasse, ihre marxistisch-leninistische Weltanschauung, ihre sozialistische Zielsetzung, ihre Zugehörigkeit zur kommunistischen Weltbewegung» unterscheide sich die *DKP* grundsätzlich von allen anderen Parteien. Sie sei durch den «*proletarischen Internationalismus*» mit den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft und den nationalen Befreiungsbewegungen eng verbunden. Ihre «brüderlichen Beziehungen» zur *Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU)* und ihre «Verbundenheit mit der *Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*» (*SED*) will sie weiterentwickeln und ihre Mitglieder im Geiste fester Freundschaft mit der *Sowjetunion* erziehen. Die Haltung zur *Sowjetunion* sei der entscheidende Prüfstein für jedes *DKP*-Mitglied (*These 30 und 31*).

Die *DKP* gibt sich betont als «einheitlich, solidarisch und diszipliniert handelnde Kampfgemeinschaft», in der für «politische Zerrissenheit und Fraktionskämpfe» kein Raum sei. Sie behauptet, im «*Klassenkampf*» könne sie ihre Aufgaben nur wahrnehmen, wenn sie die bewährten marxistisch-leninistischen Organisationsprinzipien kommunistischer Parteien praktiziere. Angesichts des «hochzentralisierten Gegners» sei die erfolgreiche Um-

setzung ihrer Politik nur durch «einheitliches, zentralisiertes Handeln» möglich, nach den Grundsätzen der «Kollektivität des Handelns» und der «vereinigten, zentralisierten Aktion» (*These 33*).

Die *Schiedskommissionen* der *DKP* wachten über die Einheit und Geschlossenheit der Partei sowie über die Beachtung der Organisationsprinzipien, der Beschlußverbindlichkeit und der politischen Wachsamkeit (*UZ* vom 16. Oktober 1985). Sie forderten Mitglieder und Funktionäre der *DKP* ständig zu erhöhter Wachsamkeit gegenüber den Nachrichtendiensten der Bundesrepublik Deutschland auf. Die *DKP* erklärte, daß alle Möglichkeiten genutzt werden müßten, «ein tiefverwurzeltes Mißtrauen gegen die Geheimdienste . . . in der Bevölkerung zu verstärken . . . und ganz konsequent aus(zu)nutzen, z. B. gerade jetzt nach dem Verschwinden des Herrn Tiedge».

Zur Kommunalwahl am 10. März hatte die *DKP* in allen fünf kreisfreien Städten, in 18 von 21 Landkreisen und im Umlandverband Frankfurt am Main sowie in 41 Gemeinden und 42 Ortsbezirken eigene Listen aufgestellt. Außerdem beteiligten sich *DKP*-Mitglieder in 14 Gemeinden an lokalen Wahlbündnissen.

Die *DKP* erzielte folgende Ergebnisse:

Kreisfreie

Städte 2.686 Stimmen = 0,4 v.H.
(1981: 3.887 Stimmen = 0,6 v.H.)

Landkreise 10.150 Stimmen = 0,4 v.H.
(1981: 15.508 Stimmen = 0,7 v.H.)

Kreiszugehörige

Gemeinden 8.046 Stimmen = 0,3 v.H.
(1981: 11.938 Stimmen = 0,5 v.H.)

Umlandverband

Frankfurt 3.703 Stimmen = 0,5 v.H.
(1981: 4.473 Stimmen = 0,6 v.H.)

In acht Gemeinden erhielt die *DKP* über eigene Listen insgesamt 24 Mandate (bisher 30 Mandate in neun Gemeinden) sowie fünf Sitze in vier Ortsbeiräten (bisher sechs Sitze in vier Ortsbeiräten). Über Bündnislisten erhielt sie weitere zwei Mandate in Gemeindeparlamenten und zwei Sitze in Ortsbeiräten.

Die *DKP* eröffnete die aktionsbezogene Mobilisierung ihrer Mitglieder durch eine bundesweite *Woche der DKP* vom 19. bis 27. Januar unter der Losung «Mit einer starken *DKP*: für Frieden und Arbeit — Solidarität mit Nicaragua!». Ende Januar führte die *DKP* Hessen Aktionen im Rahmen einer Aktionswoche der hessischen *Friedensbewegung* gegen das *NATO-Manöver Central-Guardian* an mehreren Orten im Manövergebiet Marburg/Gießen durch. Die *DKP* und die von ihr beeinflussten Organisationen beteiligten sich ferner an Vorbereitung und Durchführung der zentralen *Ostermärsche '85* in Hessen mit Abschlußkundgebungen in Frankfurt am Main und Kassel (insgesamt rund 12.000 Teilnehmer). Es besteht jedoch kein Zweifel daran, daß die überwiegende Mehrzahl der Ostermarschteilnehmer sich nicht mit den verfassungsfeindlichen Bestrebungen der *DKP* identifiziert, sondern nur ihrem Wunsch nach Frieden und Abrüstung zum Ausdruck bringen wollte. Das hessische *Ostermarschbüro* und die zentrale *Informationsstelle Ostermarsch '85* mit bundesweiten Koordinierungsaufgaben waren wieder in der Landesgeschäftsstelle Hessen der *DKP*-beeinflussten *Deutschen Friedens-Union (DFU)* in Frankfurt am Main untergebracht. Sprecher des *Ostermarschbüros* war der Landesgeschäftsführer der *DFU* Hessen.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete der Versuch, Einfluß auf Demonstrationen und Kundgebungen zum Gedenken an das Ende des *Zweiten Weltkrieges* am 8. Mai 1945 auszuüben. Zu Veranstaltungen

unter dem Motto «Gemeinsam für Frieden, Abrüstung und Demokratie» am 4. Mai in Frankfurt am Main, Hamburg und Köln gegen «US-Erstschlagraketen», «Militarisierung des Weltraums» und «Neofaschismus» hatte eine *Initiative 40. Jahrestag der Befreiung und des Friedens*, ein Bündnis aus 18 Organisationen, Initiativen und Jugendverbänden, darunter die *DKP*, die *SDAJ* und die *VVN-BdA*, aufgerufen. Kontaktadresse für die Kundgebung in Frankfurt am Main war der Landessekretär der *DKP*-beeinflussten *VVN-BdA* Hessen, der auch für das Vorbereitungsbüro und das Spendenkonto verantwortlich zeichnete. Der *Bundesvorstand* und der *Bezirksvorstand* Hessen der *DKP* führten am 10. Mai in Frankfurt am Main eine zentrale Veranstaltung zum «40. Jahrestag der Befreiung» mit rund 1.000 ausgewählten *DKP*-Mitgliedern durch. Unter den Gästen waren Delegationen aus der *Sowjetunion* und der *DDR*, Abordnungen zahlreicher kommunistischer Parteien und «Befreiungsorganisationen» sowie Diplomaten kommunistischer Länder.

Unter dem Motto «Volksfest für Frieden und Arbeit — Solidarität» veranstaltete die *DKP* vom 5. bis 9. Juni in Marburg zum 15. Male ihre traditionelle *Zeltwoche* mit zahlreichen politischen und kulturellen Veranstaltungen, die von rund 15.000 Personen besucht wurden. Weitere Zeltveranstaltungen der *DKP* fanden vom 28. bis 30. Juni in Gießen-Wiesseck als *Volksfest '85 — Fest für den Frieden* statt.

Der *DKP*-Vorsitzende Mies betonte auf der 7. Parteivorstandstagung Ende Oktober in Düsseldorf, die «Weiterentwicklung der *Friedensbewegung* bleibt das wichtigste Anliegen der Partei»; sie müsse schwerpunktmäßig gegen die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am *SDI-Programm* orientiert werden (*UZ*-Beilage vom 31. Oktober 1985, Seite 43). Die *DKP* versucht auch weiterhin, die Anliegen der *Friedensbewegung* einseitig für sich zu

instrumentalisieren. Sie ist dabei ständig bemüht, ihre eigentlichen Ziele opportunistisch zurückzustellen, um so auch in größeren Bündnissen geduldet zu werden. Dies gilt ebenso für andere politische Felder wie die «*Betriebsarbeit*».

Unvermindert setzte die *DKP* auch ihre Unterwanderungsbemühungen gegen den *DGB* und seine Einzelgewerkschaften fort. Sie hielt ihre Mitglieder an, in den Gewerkschaften und Betrieben verstärkt die auf den Vorstellungen der *DKP* beruhenden Ideen und Forderungen zu verbreiten und die Bereitschaft zum Widerstand zu fördern. Anlässlich der bundesweiten *Aktionswoche des DGB* vom 14. bis 20. Oktober mobilisierte die *DKP* ihre Mitglieder und Anhänger für eine Teilnahme. Neben den auf soziale Belange abgestellten Aktionsforderungen des *DGB* sollten sie den Kampf gegen das amerikanische *SDI-Programm* in den Mittelpunkt rücken. *DKP*-Mitglieder verbreiteten ca. 100.000 Exemplare einer *UZ-Sonderausgabe* mit der Parole «Statt Weltraumwaffen — Arbeitsplätze schaffen!». Außerdem warben sie durch Verbreiten einer vierseitigen Massenschrift «Gemeinsam werden wir es schaffen: Arbeit — Abrüstung — Soziale Sicherheit!» für die *DGB*-Abschlussdemonstrationen am 19. Oktober.

Zur Unterstützung der *kommunistischen Gewerkschaftsarbeit* gibt die *Nachrichten-Verlags GmbH* in Frankfurt am Main die Monatsschrift *Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik* in einer Auflage von mehr als 7.000 Exemplaren heraus. Die Zeitschrift wendet sich insbesondere an Gewerkschaftsfunktionäre. Das Redaktionskollegium besteht aus vier *DKP*-Mitgliedern. Drei der Herausgeber sind hochrangige *DKP*-Funktionäre.

Die «*Betriebsarbeit*» ist für die *DKP* der wichtigste Schwerpunkt des «*Klassenkampfes*». In Hessen verfügt sie über

mehr als 40 Betriebsgruppen, deren Arbeit jedoch kaum Außenwirkung hatte. Mit bisher geringem Erfolg ist die *DKP* besonders um Mitgliedergewinnung und Neugründung von Betriebsgruppen sowie betrieblichen Friedensinitiativen in Großbetrieben bemüht. Besondere Aufmerksamkeit widmete die *DKP* ihren Betriebszeitungen, in denen sie eine wirksame Waffe ihrer politisch-ideologischen und ökonomischen Agitation sieht. In Hessen erschienen über 40 Betriebszeitungen in meist unregelmäßiger Folge, die jedoch überwiegend von übergeordneten Parteiorganen und nicht von den Betriebsgruppen selbst herausgegeben wurden.

Das bereits 1984 feststellbar zunehmende Interesse der *DKP* an der Instrumentalisierung von Kunst und Kultur als wirksame Waffe im «*Klassenkampf*» fand einen vorläufigen Höhepunkt in einem *Kulturpolitischen Forum* am 15. und 16. Juni in Bochum unter der Losung «Für eine Kultur des Friedens, der Arbeit und der Solidarität» mit rund 300 Teilnehmern. Gefordert wurde u.a. die Gründung von lokalen «Kulturaktiven» sowie die Schaffung von «kulturpolitischen Arbeitskreisen» bei den *DKP*-Bezirksvorständen. Der *DKP*-Bezirksvorstand Hessen gab im Mai als Diskussionsgrundlage «Materialien zur kommunalen Kulturpolitik» heraus und der *DKP*-Partei Vorstand veröffentlichte im Dezember ein «Lesebuch zu Kunst, Kultur und Politik», das Grundsätze marxistischen Verständnisses von Kunst und Kultur verdeutlichen soll. Die *DKP* behauptete, sie habe im «Kampf um demokratische Medien» bereits Erfolge erzielt und die Zahl der *DKP*-Betriebsgruppen in den «Medienbetrieben» sei in den letzten Jahren gestiegen (*UZ* vom 13. Juli 1985).

Die *DKP* verstärkte ihre Bemühungen, Frauen für die politische Arbeit und für den Eintritt in die Partei zu gewinnen. Anlässlich des *internationalen Frauentages*

am 8. März veranstalteten die *DKP* und die von ihr beeinflusste *Demokratische Fraueninitiative (DFI)* bundesweit mehr als 150 Aktionen, insbesondere Diskussions- und Kulturveranstaltungen, zum Teil unter Mitwirkung von Referenten und Künstlern aus der *DDR*. Auf Einladung der *DKP* berieten am 31. Mai und 1. Juni in Wuppertal Vertreterinnen von 16 kommunistischen Parteien aus Westeuropa über die Lage der Frauen in kapitalistischen Ländern. Hierbei betonte der *DKP*-Vorsitzende Mies, die Überwindung der Diskriminierung der Frau sei untrennbar mit der Befreiung der Arbeiterklasse verbunden. Die *DKP* Hessen veranstaltete am 28. und 29. September in Frankfurt am Main ein «*Frauenfestival*» mit ca. 600 Teilnehmern.

Im Rahmen ihres «Parteiaufgebots Ernst Thälmann» orientierte die *DKP* alle Parteiorganisationen auf die Mitgliederwerbung. Sie ist jedoch offensichtlich mit dem bisherigen Ergebnis nicht zufrieden. Insgesamt gesehen dürfte sie nach Abzug der Abgänge durch Tod und Austritte kaum einen Mitgliederzuwachs erzielt haben.

Um ihre Mitglieder politisch und ideologisch besser auf die anstehenden Aufgaben vorzubereiten, setzte die *DKP* ihre Schulungsarbeit verstärkt fort. Kernstück war die *Thesendiskussion*. Sie diente dazu, insbesondere neue Mitglieder schnell mit der politischen Orientierung der Partei sowie den politischen und sozialen Auseinandersetzungen vertraut und ideologisch standfest zu machen. In den Grundorganisationen fanden ferner Bildungsabende zu Themen des «*Klassenkampfes*» und der Bündnispolitik statt, für die der *Partei Vorstand* zweimonatlich Schulungshefte herausgab. In der *Betriebsarbeiterjahresschule* der *DKP*-Bezirksorganisation Hessen in Frankfurt am Main wurden wiederum hessische Mitglieder in einjährigen Lehrgängen für

ihren Einsatz in Betrieben und Gewerkschaften ausgebildet. Außerdem nahmen erneut *DKP*-Mitglieder aus Hessen an ein- und zweiwöchigen Lehrgängen an der parteieigenen *Karl-Liebknecht-Schule* in Leverkusen teil. Funktionäre der *DKP* wurden auch weiterhin auf längeren Lehrgängen an Schulen in *Moskau* und *Ostberlin* für Führungsaufgaben ausgebildet.

Die *DKP* war ständig bemüht, ihre Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden zu erhöhen. Diese reichten jedoch nicht, um die Ausgaben für den kostspieligen Parteiapparat zu decken. Ihr sind auch 1985 wieder erhebliche Mittel aus der *DDR* zugeflossen, einschließlich der Zuwendungen für ihre Nebenorganisationen und die von ihr geförderten Verlage und sonstigen Einrichtungen.

Nebenorganisationen der DKP

Marxistischer Studentenbund Spartakus (MSB)

Der 1971 in Bonn gegründete *MSB Spartakus* hat etwa 6.000 Mitglieder (nach eigenen Angaben 6.500) und ist damit weiterhin die mitgliederstärkste und einflussreichste linksextreme Studentenorganisation in der Bundesrepublik Deutschland. Das *MSB*-Organ *rote blätter* erscheint monatlich in einer Auflage von rund 15.000 Exemplaren. In Hessen bestehen Hochschulgruppen des *MSB* in Darmstadt, Frankfurt am Main, Fulda, Gießen, Kassel, Marburg und Wiesbaden mit etwa 1.300 Mitgliedern.

Der *MSB Spartakus* bekannte sich unverändert zu enger Zusammenarbeit mit der *DKP*, der *SDAJ* und den *Jungen Pionieren*. Die *DKP* habe mit ihren *Thesen* eine Analyse der neuen Kampfbedingungen

vorgelegt, die auch in den Reihen des *MSB* gründlich diskutiert würde.

Der *MSB* propagierte erneut seine enge Zusammenarbeit mit dem *Sozialistischen Hochschulbund (SHB)* als «strategisches Zentrum studentischer Aktionseinheitspolitik».

Er intensivierte die Schulung seiner Mitglieder, führte Bildungsabende in den Gruppen durch, veranstaltete zentrale Seminare mit *DKP*-Funktionären im *Marx-Engels-Zentrum* in Wuppertal und entsandte Mitglieder zu Schulungskursen in der kommunistischen *Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg* bei Aurach, Kreis Ansbach.

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Die 1968 gegründete *SDAJ* verfügt über 15.000 aktive Mitglieder, die in über 1.000 Gruppen organisiert sind. Sprachrohre der *SDAJ* sind die Monatszeitschriften *elan* — *Das Jugendmagazin* (Auflage rund 25.000 Exemplare) sowie die *Jugendpolitischen Blätter* (Auflage rund 2.500 Exemplare).

Der *SDAJ*-Landesverband Hessen besteht unverändert aus 1.600 Mitgliedern, organisiert in Kreisverbänden, Orts-, Stadtteil-, Betriebs-, Schüler-, Frauen-, Ausländer-, Sport- und Kulturgruppen. Die Gruppen geben 46 Zeitungen in meist unregelmäßiger Folge heraus. Landesvorsitzender ist Willi Herrmann, Mitglied des Sekretariats des *DKP*-Bezirksverbandes Hessen.

Die *SDAJ* fühlt sich mit der *DKP* durch eine «gemeinsame Weltanschauung und den Kampf für das gemeinsame Ziel, eine sozialistische Bundesrepublik», verbunden.

Am 14. Oktober, dem 50. Jahrestag der *Brüsseler Konferenz der KPD*, eröffnete die *SDAJ* eine neue *Festivalstafette* zur Gewinnung neuer Mitglieder und zur Vorbereitung des 5. *Festival der Jugend* Pfingsten 1986. Der *SDAJ*-Bundesvorstand betonte hierzu, die *Brüsseler Konferenz* (1935) habe die «Konzeption eines revolutionären Jugendverbandes» entworfen, die noch heute Bestandteil der Arbeit der *SDAJ* sei (*Jugendpolitische Blätter* Nr. 10/85).

Am 18. Januar veranstalteten *SDAJ*-Betriebsgruppen einen bundesweiten «Aktionstag für die Übernahme aller Lehrlinge nach Ende der Ausbildung», in dessen Verlauf *SDAJ*-Mitglieder vor Lehrwerkstätten und Betrieben demonstrierten. In Frankfurt am Main versperrten unbekannte Täter den Eingang der Bundesbahndirektion mit Gipsplatten und besprühten sie mit der Aufschrift: «Ihr versperrt uns die Zukunft, wir Euch die Türen. *SDAJ*».

Die Gruppen der *SDAJ* beteiligten sich am hessischen *Ostermarsch '85* sowie an weiteren Aktionen der *Friedensbewegung* und veranstalteten gemeinsam mit den *Jungen Pionieren* auf dem Rebstockgelände in Frankfurt am Main ihr traditionelles Pfingstcamp mit Sport, Spiel, Musik und Diskussionen.

Aus Protest gegen die Verhängung des Ausnahmezustandes in Südafrika drangen am 23. Juli acht Mitglieder und Anhänger der *SDAJ* in die Geschäftsstelle der südafrikanischen Tourismusgesellschaft *Satour* an der Hauptwache in Frankfurt am Main ein und erklärten das Büro für «besetzt». Sie ketteten sich an Heizkörper, Tische und Stühle, leisteten passiven Widerstand und mußten von der Polizei aus dem Gebäude getragen werden.

Junge Pioniere —
die Kinderorganisation der DKP (JP)

Die Kinderorganisation *Junge Pioniere* wurde 1974 in Bottrop nach dem Vorbild der kommunistischen Staaten für Kinder im Alter zwischen sechs und vierzehn Jahren gegründet. Sie hat etwa 4.000 Mitglieder, organisiert in zwölf Landesverbänden. Die *Bundesleitung* gibt monatlich die zentrale Kinderzeitung *pionier* und ein *Pionierleiter-Info* heraus.

Der 1976 gegründete Landesverband Hessen gliedert sich in 15 Kreisverbände mit rund 50 aktiven *JP*-Gruppen, denen mehrere hundert Mitglieder angehören. Vorsitzende des Landesverbandes ist seit 1984 das *DKP*-Mitglied Doris Schmidt, Frankfurt am Main.

Auf ihrer 5. *Bundeskonferenz* am 2. und 3. März in Dortmund beteuerten die *Jungen Pioniere* erneut ihre «feste und unerschütterliche» Verbundenheit mit der *DKP* und ihr Bekenntnis zum Sozialismus sowjetischer Prägung. In den sozialistischen Ländern seien die Rechte der Menschen auf Frieden, Arbeit, Bildung und soziale Sicherheit gewährleistet und daher «alle Grundlagen für eine kinderfreundliche Gesellschaftsordnung» verwirklicht. Die *Bundeskonferenz* verabschiedete u.a. Beschlüsse zur «Einbeziehung der Kinder in den Friedenskampf», zur «Solidarität mit Nicaragua» und zur Weiterentwicklung der «antifaschistischen Erziehungsarbeit».

Im September führten die *JP* einen «*Werbe- und Aktionsmonat*» '85 durch. Im Mittelpunkt stand ihre Kampagne «Keinen Krieg der Sterne — den Frieden haben wir gerne». Ihre wichtigste Aufgabe sehen sie darin, viele Kinder und Eltern anzusprechen und in die Aktivitäten gegen die «Pläne der Weltraummilitarisierung» einzubeziehen. Die Gewinnung von Kindern für die Pioniergruppen sei der erste

Schritt, um diese an gemeinsames Handeln, fortschrittliches Denken und solidarisches Verhalten heranzuführen (UZ vom 5. September 1985).

Zur Schulung der *Pionierleiter* wurden Lehrgänge an der kommunistischen *Jugendbildungsstätte Burg Wahrberg* durchgeführt.

Die *DKP* und die *Jungen Pioniere* organisierten preisgünstige Kinderferienfahrten vom 26. Juli bis 10. August in die *DDR*, an denen aus Hessen etwa 350 Kinder teilnahmen. Geworben wurde mit Nachbarschaftsbriefen, Flugblättern, Anzeigen in Tageszeitungen und bei Kinderfesten.

Institut für Marxistische Studien und Forschungen e.V. (IMSF)

Das *IMSF* in Frankfurt am Main wurde 1968 von *DKP*-Funktionären gegründet. Als «wissenschaftliches Institut» der *DKP* soll es die gesellschafts- und sozialpolitischen Erscheinungen in der Bundesrepublik Deutschland untersuchen und der «*Arbeiterklasse*» das theoretische Rüstzeug für den praktischen «*Klassenkampf*» liefern. Leiter des Instituts ist Dr. Heinz Jung, Mitglied des *DKP-Parteivorstandes*.

Das *IMSF* arbeitet eng mit den *Instituten für Marxismus-Leninismus* beim *ZK* der *SED* in Berlin und beim *ZK* der *KPdSU* in Moskau sowie mit zahlreichen weiteren Instituten ähnlicher Aufgabenstellung zusammen. Gemeinsam mit dem Moskauer *Institut für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen (IMEMO)* und dem Ost-Berliner *Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW)* veranstaltete das *IMSF* vom 10. bis 15. Juni in Moskau eine Tagung zum Thema «Westeuropa in Wirtschaft und Politik des Imperialismus». Neben zahlreichen kleineren Veranstaltungen und Diskussionsrunden hielt das *IMSF* am 16. und 17. März in Frankfurt am Main eine internationale Konferenz zum

Thema «Intelligenz, Intellektuelle und Arbeiterbewegung in Westeuropa» mit 1.100 Teilnehmern ab.

Auf einer Konferenz des *IMSF* zum Thema «Zukunft» am 23. und 24. November in Frankfurt am Main diskutierten etwa 200 Teilnehmer über Möglichkeiten einer an der Arbeiterklasse orientierten politischen Perspektive. Arbeitsergebnisse, Analysen und Dokumentationen wurden in einem zweibändigen Jahrbuch und in mehreren periodischen Schriftenreihen verbreitet.

Marxistische Arbeiterbildung (MAB)

Die 1969 als Dachorganisation von derzeit mehr als 60 lokalen orthodox-kommunistischen *Bildungsgemeinschaften* gegründete *Marxistische Arbeiterbildung — Vereinigung zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus (MAB)* soll vor allem politisch Interessierte, die nicht der *DKP* angehören, mit dem «*wissenschaftlichen Sozialismus*» vertraut machen. Knapp ein Viertel der *Bildungsgemeinschaften* boten als *Marxistische Abendschulen (MASCH)* mehrwöchige Schulungskurse zum Marxismus-Leninismus an. Sie arbeiten eng mit den Kreisorganisationen der *DKP* zusammen. Der Bundesvorsitzende der *MAB* ist Mitglied des *DKP-Parteivorstandes*.

Das Kursangebot der lokalen *Bildungsgemeinschaften* reicht von den klassischen Themen der marxistischen Philosophie, Polit-Ökonomie, der Lehre vom *Klassenkampf* bis zu aktuellen Fragen der *Friedens- und Arbeiterbewegung*. Mit Sprachkursen und Bildungsreisen versuchte die *MAB* ihr Programmangebot attraktiv zu machen. Der Vorstand empfahl den *MAB*-Gruppen, künftig neben den bisherigen politisch-ideologischen Themen, die «Fragen der marxistischen Friedensphilosophie, der Rolle des Sozialis-

mus als friedensfördernde und bewegende Kräfte einerseits und des kriegstreibenden militärisch-industriellen Komplexes des Imperialismus andererseits stärker zu beachten.

DKP-beeinflußte Organisationen

Die *DKP* kann sich bei ihren Bemühungen, durch breite Bündnisse mit nicht-kommunistischen Kräften eine Massenbasis für den außerparlamentarischen Kampf zu schaffen und zu größerem politischen Einfluß zu gelangen, auf etwa 50 überregional tätige Organisationen und Initiativen stützen. Diese stellen sich nach außen meist unabhängig und demokratisch dar, werden aber tatsächlich erheblich von der *DKP* bestimmt. Oft sind nur wenige Schlüsselfunktionen in den Leitungsgremien — vor allem im organisatorischen Bereich — mit Mitgliedern der *DKP* besetzt, deren Wirken im Sinne der *DKP*-Bündnispolitik von der demokratischen Mehrheit nicht erkannt oder aber toleriert wird. Die *DKP* will weder, daß die von ihr beeinflussten Organisationen offen verfassungsfeindliche Ziele verfolgen, noch daß die in diesen Organisationen tätigen Kommunisten als *DKP*-Mitglieder bekannt werden. Absicht der *DKP* ist es, über solche Organisationen Forderungen zu erheben, die für sich betrachtet nicht gegen die Verfassung verstoßen, aber mit kommunistischen Teilzielen übereinstimmen oder kommunistischen Interessen dienen. Die Arbeit der von der *DKP* beeinflussten Organisationen ist am wirksamsten, wenn der kommunistische Einfluß von den Zielgruppen nicht erkannt wird.

Die wichtigsten *DKP*-beeinflussten Organisationen sind:

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes — Bund der Antifaschisten (*VVN-BdA*)

Die *VVN* wurde 1947 gegründet und fügte 1971 ihrem Namen den Zusatz *Bund der Antifaschisten* hinzu, um auch die jüngere Generation anzusprechen. Sie steht unter maßgeblichem kommunistischen Einfluß. Auf Bundesebene hat die *VVN-BdA* etwa 13.000 Mitglieder, organisiert in zehn Landesverbänden. Weitere fünf Verbände sind ihr korporativ angeschlossen. Der *VVN-BdA*-Vizepräsident Hans Jenne wurde anlässlich seines 75. Geburtstages im Dezember mit dem *DDR*-Orden «*Stern der Völkerfreundschaft*» in Gold ausgezeichnet. Der Landesverband Hessen verfügt über mehr als 1.500 Mitglieder, die in 14 Kreisvereinigungen und in Ortsgruppen organisiert sind.

Die *VVN-BdA* war weiterhin Träger der kommunistischen Bemühungen um antifaschistische Bündnisse. In einem Arbeits- und Diskussionspapier betonte ihr Präsidium, Hauptaufgabe der *VVN* sei der «Kampf gegen Neofaschismus», der auch ein «wesentlicher Teil des Kampfes gegen die Politik der Rechtswende» sei. Dieser Kampf könne jedoch nicht losgelöst gesehen werden vom «Kampf gegen die ständig wachsende Gefahr, daß die Menschheit im Gefolge der *US*-Global-Strategie des 'Erstschlages' in einem atomaren Inferno» untergehe. Im bundesweiten *Koordinationsausschuß der Friedensbewegung* wirkten Funktionäre der *VVN* mit.

In Hessen war die *VVN-BdA* maßgeblich beteiligt an der Vorbereitung und Durchführung der anlässlich des 40. Jahrestages der Beendigung des *Zweiten Weltkrieges* durchgeführten antifaschistischen Demonstration und Kundgebung unter der Losung «Gemeinsam für Frieden, Abrüstung und Demokratie» am 4. Mai in Frankfurt am Main sowie an mehreren Protestaktionen gegen Veranstaltungen rechtsextremer Organisationen.

Deutsche Friedens-Union (DFU)

Die 1960 in Stuttgart auf kommunistisches Betreiben als *Volksfrontpartei* gegründete *DFU* spielte weiterhin eine wichtige Rolle in der kommunistischen Bündnispolitik. Ihr gehören unverändert rund 1.000 Mitglieder an, die in zehn Landesverbänden organisiert sind. An der Spitze der Organisation steht ein *Direktorium*. Der *Bundesvorstand* gibt monatlich ein *Abrüstungsinfo* und ein *Info demokratische* heraus. Die *DFU* Hessen verfügt über zwei aktive Bezirksverbände mit insgesamt 150 Mitgliedern.

Auf dem 11. ordentlichen *Unionstag* am 20. und 21. April in Bremen legte die *DFU* ihren ersten Rechenschaftsbericht nach Aufgabe ihres Parteienstatus und Umwandlung der Organisation in eine «politische Vereinigung» vor. Darin wird erklärt, die *DFU* habe sich darauf konzentriert, «Massenbewegungen voranzutreiben und die richtigen Erkenntnisse über Kriegs- und Krisenursachen zu vermitteln». Die *DFU* sei vertreten im *Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit*, in der *Krefelder Initiative*, im Arbeitsausschuß der *Initiative «Weg mit den Berufsverboten»* und im sowjetisch gesteuerten *Weltfriedensrat*. Sie arbeite aktiv in fast allen regionalen *Friedensbündnissen* und *Komitees gegen Berufsverbote* mit und habe außerdem einen aktiven Beitrag zu den *Ostermärschen*, Herbstaktionen der *Friedensbewegung* und den Veranstaltungen der berufsbezogenen *Friedensinitiativen* geleistet. Darüber hinaus habe sie zahlreiche Studienreisen in die *DDR* durchgeführt. Auch an Reisen zum *sowjetischen* und zum *Leningrader Friedenskomitee* seien «*DFU*-Freunde» beteiligt gewesen. Der *Unionstag* verabschiedete «Politische Leitsätze der *DFU*», in denen die Organisation für eine «antifaschistische, antimilitaristische und anti-monopolistische Demokratie» eintritt.

In einem Grußschreiben zum 25-jährigen Bestehen der Organisation bescheinigte

der stellvertretende *DKP*-Vorsitzende Hermann Gautier der *DFU*, sie habe stets «leidenschaftlich und ideenreich» gegen den Antikommunismus gekämpft und sich große Verdienste bei der Verbreitung des Bündnisgedankens erworben. Die *DKP* bleibe «partnerschaftlich» mit der *DFU* verbunden und hoffe auf «weitere gute Zusammenarbeit» (*UZ* vom 6. Dezember 1985).

Die Landesgeschäftsstelle der *DFU* in Frankfurt am Main war Sitz des *Ostermarschbüros*. Der *DFU*-Landesgeschäftsführer zeichnete verantwortlich für das Spendenkonto; die vorbereitenden Gespräche zur Durchführung des *Ostermarsches* wurden im wesentlichen über ihn koordiniert.

Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)

Das 1974 in Bad Godesberg unter maßgeblicher Beteiligung der *DKP* und ihrer Nebenorganisationen gegründete *KFAZ* diente neben der *DFU* als Instrument zur Koordinierung des kommunistischen «*Friedenskampfes*». Das *Komitee* kennt weder eine Satzung noch eine feste Organisationsstruktur. Zentrales Leitungsgremium des *KFAZ* ist das *Büro*. Von den 16 *Büro*-Mitgliedern gehören neun persönlich oder über ihre Organisation dem sowjetisch gesteuerten *Weltfriedensrat (WFR)* an. In Hessen bestehen elf regionale *Komitees*.

Das *KFAZ* veranstaltete am 23. Februar in Frankfurt am Main ein Seminar, auf dem die durch das neue *Verteidigungskonzept der USA (SDI)* entstandene Situation diskutiert wurde.

Demokratische Fraueninitiative (DFI)

Von der 1975 mit Unterstützung der *DKP* zunächst als *Initiative Internationales*

Jahr der Frau gegründet und 1976 in *DFI* umbenannten Frauenorganisation bestehen im Bundesgebiet etwa 100 Ortsgruppen, davon in Hessen rund 15. Die *DFI* hat keinen formellen Mitgliederstatus. Ihr zuletzt 1984 gewähltes Leitungsgremium, ein aus 33 Frauen bestehender *Zentraler Arbeitskreis (ZAK)*, koordiniert die Arbeit zwischen den Bundeskonferenzen und vertritt die *Initiative* in der Öffentlichkeit.

In Hessen beschränkten sich die Aktivitäten der *DFI* im wesentlichen auf die Beteiligung an Veranstaltungen zum *Internationalen Frauentag* am 8. März.

Extreme Neue Linke

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Die *MLPD* wurde 1982 gegründet; ihr Vorläufer war der *Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands (KABD)*. Als maoistisch orientierte Partei bekennt sie sich im Grundsatzprogramm und Statut zu den «Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung». Sie würdigt Maos «Idee der Großen Proletarischen Kulturrevolution» als die Grundlage für «die Entstehung einer neuen kommunistischen Weltbewegung» und will durch den «revolutionären Sturz der Diktatur der Monopolkapitalisten» die «*Diktatur des Proletariats*» errichten.

Die Partei hat ihre Zentrale in Essen. Sie ist mit ihrer inzwischen auf 1.300 gestiegenen Mitgliederzahl weiterhin die mitgliederstärkste Partei der extremen *Neuen Linken*. Parteivorsitzender ist Stefan Engel. Bundesweit ist die *MLPD* in elf Bezirken mit über 80 Ortsgruppen und Stützpunkten organisiert. Ihr wöchentlich erscheinendes Zentralorgan *Rote Fahne* hat eine Auflage von 10.000 Exemplaren. Daneben vertreibt sie fast 80 Betriebs- und etwa 40 Stadtzeitungen.

Nebenorganisationen sind der *Revolutionäre Jugendverband Deutschlands (RJVD)* mit dem Organ *Rebell*, der *Marxistisch-Leninistische Schüler- und Studentenverband (MLSV)* mit dem Organ *Roter Pfeil* und der *Marxistisch-Leninistische Bund Intellektueller (MLBI)* mit zusammen etwa 350 Mitgliedern.

Die *MLPD* beteiligte sich an den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen am 12. Mai. Obwohl die Partei trotz eines intensiv geführten Wahlkampfes — sie hatte in 67 der 151 Wahlkreise kandidiert — nur 3.368 Stimmen (weniger als 0,1 v.H.) gewann, erklärte sie sich mit dem Wahlergebnis zufrieden, zumal eine Spendenaktion mit rund 440.000,— DM das gesetzte Ziel von 400.000 DM übertroffen hatte. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt war die Vorbereitung und Durchführung ihres *II. Parteitages* in Köln. Dieser befaßte sich insbesondere mit der Jugendarbeit der Partei, deren Intensivierung er forderte. An der Abschlußveranstaltung nahmen über 2.000 Personen, darunter Gäste aus Großbritannien, Belgien, Peru, Japan und Luxemburg, teil. Der Parteivorsitzende bezeichnete die *MLPD* als eine «Arbeiterpartei neuen Typs» und richtete heftige Angriffe gegen die *DKP* als «westdeutsche Agentur des Kremls».

In Hessen gelang es der *MLPD* und ihren Nebenorganisationen nicht, ihren Mitgliederbestand zu erhöhen. Er liegt bei etwa 100 Personen; sie sind in vier Ortsgruppen und zwei Stützpunkten zusammengefaßt. In vier Betrieben erschienen Betriebszeitungen.

Kommunistische Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) (KPD)

Die 1968 gegründete *KPD* beschloß 1985 ein neues Statut und setzte auf einem *Sonderparteitag* im November ihr bisheriges Parteiprogramm außer Kraft. Im Entwurf eines neuen Programms bekennt

sich die Partei weiterhin zur politischen Revolution, zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft und zur Ausübung der «*Diktatur des Proletariats*». Sie relativiert jedoch die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei und fordert die «tatsächliche Macht und Freiheit der Arbeiterklasse». Mit dieser Änderung versucht die *KPD*, sich aus der Verengung und Dogmatisierung des Marxismus-Leninismus zu lösen und gleichzeitig eine Fusion mit anderen kommunistischen Gruppen, insbesondere aber mit der *trotzkistischen Gruppe Internationale Marxisten (GIM)* zu erleichtern. Das ganze Jahr über fanden hierüber Gespräche statt.

Die *KPD* hat etwa 400 Mitglieder. Parteivorsitzender ist Horst-Dieter Koch. Die Parteizentrale befindet sich in Dortmund. Das Zentralorgan der Partei *Roter Morgen* erscheint wöchentlich in einer Auflage von etwa 6.000 Exemplaren. Als theoretisches Organ erscheinen weiterhin die *Kommunistischen Hefie*.

Nebenorganisationen sind die *Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD)* mit dem Organ *Roter Rebelle*, die *Kommunistischen Studenten (KS)* mit dem Organ *Zwischenruf links*, die *Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO)* mit dem Organ *RGO-Nachrichten*, die *Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg* (*Volksfront*) mit dem Organ *Volksecho* und der unregelmäßig erscheinenden Schrift *Antifaschistische Nachrichten* sowie die Rechts- und Hafthilfeorganisation *Rote Hilfe Deutschlands e.V. (RHD)* mit dem Organ *Die Rote Hilfe*.

Die Parteiarbeit stagniert. An den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen beteiligte sich die Partei mit eigenen Kandidaten, konnte aber in acht Wahlkreisen nur 436 Stimmen erringen. Die beabsichtigten Änderungen des Parteiprogramms und des Statuts, mit denen die

marxistisch-leninistische Grundlinie der *KPD* verlassen wird, sowie die damit verbundenen Gespräche der Parteiführung mit der *GIM* über die geplante gemeinsame Organisation *Revolutionäre Sozialisten* bewirkten in der Partei Fraktionsbildungen. Sie führten im Laufe des Jahres zur Abspaltung der *Marxisten-Leninisten in der KPD*. Dieser oppositionelle Flügel — ihm gehören etwa 70 Mitglieder an — verurteilt die «revisionistische» Politik des *KPD-Zentralkomitees* und des *Parteivorstandes*, bezeichnet sich als die wahre *Kommunistische Partei Deutschlands-Marxisten/Leninisten* und gibt als eigenes Organ die Schrift *Der Weg der Partei* — aktuell heraus.

Der Mitbegründer und langjährige erste Vorsitzende der Partei, Ernst Aust, verstarb am 25. August. Er hatte sich bis zuletzt für eine Reorganisation innerhalb der Partei unter Beibehaltung des bisherigen marxistisch-leninistischen Standpunktes eingesetzt.

In Hessen ging die Zahl der Mitglieder auf etwa 60 zurück. Sie sind in zwei Ortsgruppen und wenigen Stützpunkten organisiert.

Sonstige kommunistische Organisationen und trotzkistische Gruppen

Der *Kommunistische Bund (KB)* wurde 1971 gegründet. Der Sitz ist Hamburg. Er bekennt sich zum Marxismus-Leninismus. Bundesweit gehören ihm noch 400 Mitglieder an. Sein vierwöchentlich erscheinendes Zentralorgan *Arbeiterkampf* hat eine Auflage von 4.000 Exemplaren. In Hessen verfügt der *KB* nur noch über wenige Mitglieder. Sie waren meist an Aktionen beteiligt, die sich gegen Veranstaltungen der *NPD* richteten.

Der *Bund westdeutscher Kommunisten* (*BWK*), 1980 aus einer Abspaltung des im Februar aufgelösten *Kommunistischen*

Bundes Westdeutschlands (KBW) entstanden, bekennt sich zum «Marxismus-Leninismus» und will nach der «Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates» die «proletarische Diktatur» errichten. Dem *BWK* gehören etwa 400 Mitglieder an. Seine zentralen Schriften *Politische Berichte* und *Nachrichtenhäfte* erscheinen 14-tägig in einer Auflagenhöhe von jeweils über 1.000 Exemplaren. Obwohl die Organisation in Hessen einen Landesverband unterhält, waren die wenigen Mitglieder bisher nicht in der Lage, weitere organisatorische Grundeinheiten aufzubauen.

Die zahlreichen *trotzkistischen* Zusammenschlüsse — teils bundesweit, teils nur regional aktiv — folgen unterschiedlichen, zum Teil miteinander konkurrierenden Richtungen des internationalen *Trotzkismus*. Ihr gemeinsames Ziel ist es, über die permanente Revolution die «*Diktatur des Proletariats*» in Form von *Rätesystemen* zu erreichen. Die stärkste *trotzkistische* Gruppe blieb weiterhin die *Gruppe Internationale Marxisten (GIM) deutsche Sektion der IV. Internationale* mit Sitz in Frankfurt am Main. Sie hat bundesweit etwa 250 Mitglieder. Ihr Zentralorgan *was tun* erschien unverändert 14-tägig in einer Auflagenhöhe von über 2.300 Exemplaren. Die von ihr gesteuerte Jugendorganisation *Revolutionär-Sozialistische Jugend — Roter Maulwurf (RSJ)* ist in über 15 örtlichen Gruppen organisiert und hat etwa 150 Mitglieder. Obwohl die anhaltende innerorganisatorische Diskussion über das Für und Wider eines Zusammengehens mit der *KPD* nicht abgeschlossen war, verabschiedete die Delegiertenkonferenz Ende November in Frankfurt am Main eine Resolution, in der sie feststellte, «daß die Vereinigungsgespräche zwischen den Leitungen von *GIM* und *KPD* ein hohes Maß an Übereinstimmungen in wichtigen programmatischen Fragen zwischen beiden Organisationen hervortreten haben lassen».

In Hessen waren neben der *GIM* als *trotzkistische* Gruppen der *Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA)* und die *Trotzkistische Liga Deutschlands (TLD)* mit nur wenigen Mitgliedern weiterhin aktiv.

Autonome und anarchistische Gruppen

Die *autonomen Gruppen*, oft kleinere, kurzlebige und aktionsbezogene Zusammenschlüsse, waren weiterhin innerhalb der extremen *Neuen Linken* bestimmend, konnten jedoch ihre anhaltende Perspektivlosigkeit nicht überwinden. Wiederholt kam diese Situation in Flugblättern zum Ausdruck, die ohne Impressum in Frankfurt am Main verteilt wurden:

»... Überall spürbar in *autonomen* Kreisen ist die Suche nach einer revolutionären Perspektive, nach gemeinsamen Widerstandslinien und zu erkämpfenden Freiräumen, um der Zerspitterung, Resignation und dem Reformismus einen lebendigen Kampf entgegenzustellen...»

Den «bewaffneten oder militanten Widerstand» zwar bejahend, lehnen sie «das marxistisch-leninistische Kaderkonzept, das Selbstverständnis als Avantgarde, die soziale Bezugslosigkeit/Abstraktheit und große Teile der historisch überholten Politik der *RAF*» ab. Ihr Ziel ist es, nach dem Zerschlagen des bestehenden Systems eine herrschaftslose Gesellschaft zu errichten. Bei ihren Aktionen zeigten sie erhebliche Militanz und versuchten, durch unerwartete Aktionsformen und unberechenbares Verhalten die «militärische Übermacht der Polizei außer Kraft» zu setzen.

In Hessen traten sie mit den unterschiedlichsten Bezeichnungen auf. Sie nannten sich «*Sägende Zellen*», «*Illegale Militante*», «*Sorgenbrecher Rhein-Main*», «*Partisanen der Nacht*», «*Einige wilde rauchende Moleküle*», «*Sprengdeckelaktivisten*».

der 3. Generation», «Revolutionärer Block» oder «Bewegung 28. 9.».

Unter den *anarchistischen* Gruppierungen gelang es insbesondere den *Anarcho-Syndikalisten*, sich organisatorisch zu stärken und ihre Anhängerschaft zu vergrößern. Zu ihren Prinzipien zählen sie: «Antistaatlichkeit, Antiparlamentarismus, Antimilitarismus, Direkte Aktion». Sie streben eine «herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft» an. Bedeutender Vertreter war die *Freie Arbeiter Union (FAU)*, die bundesweit 200 Mitglieder hat und über etwa 20 Ortsgruppen und Kommunikationszentren verfügt. Als zentrale Schrift erscheint ihr monatliches Organ *direkte aktion*. In Hessen unterhält die FAU in Darmstadt, Dieburg, Frankfurt am Main, Marburg, Kassel und Wiesbaden Ortsgruppen oder Kontaktstellen. Im Juli eröffnete sie in Frankfurt am Main das *Libertäre Zentrum* als Treffpunkt für politische und kulturelle Veranstaltungen. Bei den Protestaktionen nach dem Tod von Günter Sare diente es Anhängern *autonom* und *anarchistischer* Gruppen als Kontakt- und Anlaufstelle. Als Gefangenenerstützungsgruppe gründete die FAU die *Schwarze Hilfe* in Frankfurt am Main.

Von den übrigen, oft miteinander rivalisierenden *anarchistischen* Gruppen blieb die *Graswurzelbewegung* mit etwa 900 Anhängern die mitgliederstärkste und politisch aktivste. Ihre Sprecherin, die *Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FÖGA)* verfügt bundesweit über Kollektive sowie Anlauf- und Koordinationsstellen. Sie will über eine gewaltfreie Revolution die Herrschaft des Staates durch die «Macht von der Basis her» ablösen. Das Ziel ist eine dezentralisierte Gesellschaftsordnung, die auf Selbstregierung oder Anarchie beruht. Ihre periodische Schrift *graswurzelrevolution — Für eine gewaltfreie herrschaftslose Gesellschaft*

erschien in einer unterschiedlichen Auflage zwischen 4.000 und 10.000 Exemplaren.

Dem *autonomen* und *anarchistischen* Spektrum sind in Hessen unverändert etwa 1.200 Personen zuzurechnen, wobei je nach Aktionsanlaß ein weiterer Personenkreis von etwa 1.500 mobilisierbar ist. Das gewaltbereite Potential liegt zwischen 300 und 500 Personen.

Die *autonomen* und *anarchistischen* Gruppen unterstützten Kampagnen gegen die *NATO*, nahmen an Protestaktionen gegen den Weltwirtschaftsgipfel in Bonn und an den Anti-Kernkraft-Aktionen in Wackersdorf (Oberpfalz) teil. In Hessen setzten sie ihren militanten Widerstand gegen die Startbahn 18 West des Rhein-Main-Flughafens fort und nahmen Veranstaltungen rechtsextremer Parteien und Organisationen zum Anlaß, durch aggressive Protestaktionen und Gegenveranstaltungen auf sich aufmerksam zu machen.

Der Tod von Günter Sare im Anschluß an eine Demonstration gegen die *NPD* am 28. September in Frankfurt am Main hatte zur Folge, daß es in den darauffolgenden Tagen in über 30 Städten des Bundesgebietes und in Berlin (West) zu mehr als 60 Protestaktionen kam, die sich gegen die Polizei richteten. Etwa 20.000 Personen nahmen daran teil, in Hessen bis zu 5.000. Ausschreitungen und Anschläge galten insbesondere Einrichtungen der Polizei und der Wirtschaft. Der bei den gewalttätigen Aktionen entstandene Sachschaden ging in Millionenhöhe.

Bei den regelmäßigen «*Sonntagsspaziergängen*» an der Startbahn West kam es wiederholt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. Startbahngegnern beschädigten dabei den Sicherheitszaun, Strommasten und Polizeidiens

fahrzeuge; in Einzelfällen wurden auch Brandanschläge verübt. In dem Bekenner schreiben zu einem versuchten Brandanschlag auf einen Streifenwagen der Polizei in Wiesbaden erklärten die unbekannten Verfasser u.a.: «Unsere Aktion ist Ausdruck der vielfältigen Möglichkeiten des Widerstands gegen die Startbahn 18 West und die, die mit Knüppelgewalt, Giftgas und Wasserwerfern Bau und Inbetriebnahme gegen die Interessen der Bevölkerung durchsetzten. ...Trotz Kriminalisierung, Polizeiterror und öffentlicher Difamierung war die Bewegung bisher nicht davon abzuhalten, direkten Widerstand vor Ort zu üben. Jetzt sollen die Daumenschrauben noch ein Stück weiter angezogen werden. Unsere Antwort darauf: Wir werden zusätzlich zu den Aktionen vor Ort den Kampf in die Städte tragen und dort zuschlagen, wo sie es nicht erwarten.

Keine Startbahn West
Der Kampf geht weiter.»

Linksextreme Bestrebungen an den Hochschulen

In den Studentenparlamenten der hessischen Universitäten in Frankfurt am Main, Gießen und Marburg, der Technischen Hochschule in Darmstadt sowie der Gesamthochschule in Kassel erlangten linksextreme Gruppen 24 von insgesamt 157 Sitzen (1984: 26). Während bei den Gruppierungen der *Neuen Linken* (*Undogmatische Linke*, *Sozialistische Hochschulinitiative*) die Sitzanteile von sechs auf vier zurückgingen, gelang es den Hochschulgruppen der *Alten Linken* (*MSB-Spartakus*, *Sozialistischer Hochschulbund*), ihre 20 Mandate zu halten. Sie sind im Gegensatz zur *Neuen Linken* in allen Studentenparlamenten vertreten.

Neben dem *MSB-Spartakus* zählte die der extremen *Neuen Linken* zuzurech-

nende revolutionär-marxistische Vereinigung *Marxistische Gruppe (MG)* zu den politisch aktivsten Hochschulorganisationen. Die *MG* diffamiert in ihren Publikationen den Staat, den sie durch die sozialistische Revolution abschaffen will. Die Anwendung revolutionärer Gewalt hält die *MG* gegenwärtig wegen der noch fehlenden Bewußtseinsveränderung beim Proletariat nicht für sinnvoll.

Die Vereinigung *MG* ist eine Kaderorganisation mit hierarchischem Aufbau und strenger Abschirmung. Ihre bundesweit 1.700 Mitglieder (1984: 1.500) und mehrere tausend in sogenannten *Sympathisantentagen* zusammengefaßten Anhänger unterliegen einer strengen Disziplin und müssen sich einer intensiven Schulung unterwerfen. Zu ihren Mitgliedern zählen überwiegend Studenten und Angehörige akademischer Berufe. Als zentrale Publikationen verbreitete die *MG* ihre Monatschrift *Marxistische Zeitung — Gegen die Kosten der Freiheit (MSZ)*, die *Marxistische Arbeiterzeitung (MAZ)* mit jeweils örtlichen Betriebs- und Branchenausgaben, die *Marxistische Hochschulzeitung* und die *Marxistische Schulzeitung*.

In Hessen waren in den Städten Darmstadt, Frankfurt am Main, Marburg, Rüsselsheim und Wiesbaden Aktivitäten der *MG* zu erkennen. Sie unterhält in Frankfurt am Main und Marburg verbandseigene Druck- und Vertriebsstellen. An über 60 öffentlichen Veranstaltungen nahmen jeweils zwischen 200 und 300 Personen teil. Ein Vortrag des französischen Botschafters in der Universität Marburg am 17. April zum Thema «Frankreich und die Dritte Welt» mußte abgebrochen werden, da *MG*-Anhänger durch Klatschen und Singen die geordnete Fortführung der Veranstaltung unmöglich machten. An Hochschulwahlen nahm die *MG* nicht teil.

Linksextremer Terrorismus

Rote Armee Fraktion (RAF)

Anhänger der *Roten Armee Fraktion (RAF)* begingen wieder schwere Straftaten, bei denen Personen ermordet oder verletzt wurden.

Am 1. Februar erschossen bisher unbekannte Täter den Vorstandsvorsitzenden der *Motoren- und Turbinen-Union GmbH (MTU)*, Dr. Ernst Zimmermann, in seinem Haus bei München. Der Ermordete war Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Luft-, Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie. Der Tat bezichtigte sich ein Kommando der *RAF* mit der Bezeichnung «*Patsy O'Hara*», ein 1981 nach einem Hungerstreik gestorbenes Mitglied der *IRA*. In dem Schreiben der *RAF* wurde als Angriffsziel der «*militärisch-industrielle-Komplex*» in Westeuropa genannt.

Zuvor war am 25. Januar in Paris der französische General Audran erschossen worden. Im Namen der *Action Directe (AD)* bekannte sich in einem zweisprachigen Schreiben ein «*Kommando Elisabeth van Dyck*», benannt nach einem 1979 erschossenen Mitglied der *RAF*, zur Tat und erklärte, Audran wegen seiner zentralen Funktion im Verteidigungsministerium «hingerichtet» zu haben. Er sei verantwortlich für die Konzeption der Programme für Rüstungskooperation gewesen.

Dr. Zimmermann und Audran wurden von den Tätern als Symbolfiguren der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf dem militärischen Gebiet gesehen. Beide Bekennerbriefe endeten mit der Parole «die westeuropäische Guerilla erschüttert das imperialistische Zentrum».

Am 8. August verübte ein «*Kommando George Jackson*» der *RAF* einen Sprengstoffanschlag auf dem militärischen Teil

des Rhein-Main-Flughafens, wobei zwei Personen getötet und zahlreiche Menschen zum Teil schwer verletzt wurden. George Jackson war ein 1971 auf der Flucht erschossenes Mitglied der *Black Panther*, einer militanten Untergrundorganisation in den *USA*. In einem Schreiben, das mit den Symbolen der *RAF* und der *AD* gekennzeichnet war, wurde der Anschlag mit der Funktion der *US-Air-Base* als «Drehscheibe für Kriege in der Welt von Westeuropa aus» und als «Einfalstor nach Europa für den Krieg gegen sozialistische Staaten im Osten» begründet.

Einige Stunden vor dem Anschlag war in Wiesbaden ein amerikanischer Soldat heimtückisch erschossen worden. In einer «Erklärung» der *RAF* vom 25. August heißt es dazu:

«Wir haben Edward Pimental erschossen, den Spezialisten für Flugabwehr, Freiwilliger bei der *US-Army* und seit drei Monaten in der *BRD*, der seinen früheren Job an den Nagel gehängt hat, weil er schneller und lockerer Kohle machen wollte, weil wir seine *ID-Card* gebraucht haben, um auf die *Air Base* zu kommen...»

Diese menschenverachtende Haltung der *RAF*, die sich nicht gegen einen herausragenden Repräsentanten des «Imperialismus», sondern gegen einen einfachen Soldaten gerichtet hatte, führte zu heftigen Diskussionen im eigenen Umfeld. Unbekannte Verfasser übten in der Ende Januar 1986 in Frankfurt am Main verteilten linksextremen Schrift *HAU RUCK 6* massiv Kritik und führten aus:

«es ist erbärmlich, daß die *raf* versucht, dem 19jährigen *gi* noch den rang eines spezialisten der flugabwehr zuzuordnen, wohl um den mord begreifbarer zu machen. warum verdammt noch mal wurde er nicht für die dauer der aktion gefangengehalten

oder betäubt? denn es gibt nichts begreifbar zu machen an diesem eiskalten mord...»

Die Anschläge der *RAF* erfolgten im Rahmen ihrer «Offensive» zum Aufbau einer «antimperialistischen Front in Westeuropa». Begonnen hatte diese «Offensive» mit dem Hungerstreik inhaftierter Terroristen. Beendet wurde er nach dem Anschlag auf Dr. Zimmermann. Noch am gleichen Tag brachen die ersten Inhaftierten ihren Hungerstreik ab, denen sich dann in den nächsten Tagen alle übrigen der über 30 am Hungerstreik Beteiligten anschlossen.

Den Eindruck einer «antimperialistischen Front in Westeuropa» sollte auch ein zweisprachiges Kommuniqué der *RAF* und der *AD* mit dem Titel «Für die Einheit der Revolutionäre in Westeuropa» vermitteln, das Anfang des Jahres bekannt wurde. In ihm wurde eine gemeinsame revolutionäre Strategie im Rahmen der *Westeuropäischen Guerilla* zur Zerstörung der «imperialistischen Strukturen» formuliert. Durch «Angriffe gegen die zentralen imperialistischen Projekte» soll das System der Kriegsvorbereitung nach außen und die Unterdrückung nach innen überwunden und gebrochen werden. Angestrebt wird die «politische Einheit der Kommunisten in Westeuropa».

Neben den schweren Anschlägen sind der *RAF* auch Raubüberfälle auf Geldboten am 3. Juni in der Nähe von Tübingen und am 27. September in Ludwigsburg mit einer Beute von zusammen 173.000 DM zuzurechnen. Bei beiden Überfällen wurden die Opfer zum Teil schwer verletzt. Bei dem Überfall in Ludwigsburg konnte der mit Haftbefehl gesuchte Karl Friedrich Grosser festgenommen werden.

Die Kerngruppe der *RAF* besteht zur Zeit aus mindestens 15 Personen.

Zwei konspirative Wohnungen der *RAF* wurden im Laufe des Jahres in Offenbach am Main und Tübingen entdeckt. In der Wohnung in Offenbach am Main fanden sich mehrere Faustfeuerwaffen aus einem der *RAF* zuzurechnenden Überfall auf ein Waffengeschäft. Im Zusammenhang mit der Entdeckung dieser Wohnung wurden zwei Personen aus dem *RAF*-Umfeld festgenommen.

Gegen mehrere Angehörige der *RAF* wurden die Strafverfahren durch noch nicht rechtskräftige Verurteilungen abgeschlossen. Das Oberlandesgericht Düsseldorf verurteilte Rolf Clemens Wagner zu einer zweimal und Adelheid Schulz zu einer dreimal lebenslangen Freiheitsstrafe. Beiden war u.a. die Beteiligung an der Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Dr. Hans-Martin Schleyer und seiner Begleitung vorgeworfen worden. Vom Oberlandesgericht Stuttgart wurden Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt zu je fünfmal lebenslänglicher und zusätzlicher 15-jähriger Haft verurteilt. Das Gericht hielt sie für schuldig, neben der Täterschaft bei anderen schweren Straftaten an der Ermordung des Generalbundesanwaltes Buback, des Bankiers Ponto und von Dr. Schleyer beteiligt gewesen zu sein.

Anhänger der Inhaftierten leisteten während und nach dem Hungerstreik propagandistische Hilfe und organisierten bundesweit zahlreiche Informationsveranstaltungen und sonstige Aktionen, an denen bis zu 1.800 Personen teilnahmen. Dem etwa 200 Personen umfassenden *RAF*-Umfeld gelang es aber nicht, den «politischen» Charakter des Hungerstreiks und der Anschläge der Bevölkerung zu vermitteln. Lediglich in der Frage der Haftbedingungen und der Haftdauer war eine gewisse Solidarisierung erkennbar.

Personen des *RAF*-Umfeldes sorgten auch für die Verbreitung von Untergrund-

broschüren, u.a. von mehreren Ausgaben der Schrift *Zusammen kämpfen — Zeitung für die antiimperialistische Front in Westeuropa*. In zwei «Interviews mit Genossen aus der RAF» wurde darin versucht, Aktionen der RAF zu rechtfertigen, ihre politischen Ziele darzulegen und eine weitere Mobilisierung zu erreichen.

Dem RAF-Umfeld und weiteren durch die Aktionen beeinflussten Tätern sind mehrere Brand- und Sprengstoffanschläge im Bundesgebiet zuzurechnen. Hierbei waren teilweise durch die gleichartigen Angriffsziele, die Benutzung gleicher oder ähnlicher Tatmittel, durch die Gleichartigkeit der Bezeichnungen oder die Bezeichnung, wie *Illegale Militante*, Verbindungen und Verzahnungen zum engeren RAF-Kommando zu erkennen. Eine Person aus dem engeren RAF-Umfeld kam am 20. Januar in Stuttgart-Vaihingen bei einem versuchten Sprengstoffanschlag ums Leben.

In Hessen verübten Angehörige des RAF-Umfeldes neben zahlreichen Sachbeschädigungen insbesondere Sprengstoffanschläge auf die NATO-Pipeline Koblenz—Gießen in Hohenahr am 7. Januar, in Ehringshausen am 6. Mai und am 23. September in Merenberg. Auch ein versuchter Brandanschlag auf einen US-Militärzug in Frankfurt am Main am 12. August und Brandanschläge auf Dienstfahrzeuge der Polizei in Darmstadt sind dem RAF-Umfeld zuzurechnen.

Revolutionäre Zellen (RZ)

Die RZ führten erstmals seit 1983 wieder in Hessen einen Sprengstoffanschlag aus. Am 31. Mai detonierte eine Bombe in einem Schacht der NATO-Pipeline bei Mörfelden.

Bundesweit wurden von den RZ und der Frauengruppe *Rote Zora* mindestens 16 Anschläge verübt. Sie richteten sich in er-

ster Linie gegen die Zusammenarbeit deutscher Firmen mit Südafrika, die angeblichen Gen-Manipulationen durch die Forschung (Gen-Technologie) sowie gegen den weiteren Ausbau der Mikroelektronik. Der Aktionsschwerpunkt lag eindeutig in Nordrhein-Westfalen (elf Anschläge) sowie im norddeutschen Raum (drei Anschläge).

Sonstige terroristische Aktionen

Im Zusammenhang mit dem Hungerstreik der Inhaftierten aus «*RAF und Widerstand*» wurden außer den bereits erwähnten auch Anschläge gegen das amerikanische Generalkonsulat in Frankfurt am Main, eine US-Kaserne in Erlensee und das Verteidigungskreiskommando in Wiesbaden verübt.

Im Gefolge der Proteste gegen den Bonner Weltwirtschaftsgipfel, die Aufrüstung, den «Polizeistaat» und die Verbindung deutscher Unternehmen nach Südafrika kam es auch in Hessen zu zahlreichen Gewaltakten und Sachbeschädigungen zum Nachteil von Banken, Polizeidienststellen und militärischen Einrichtungen.

Beurteilung

Die Mitgliederzahl der *Deutschen Kommunistischen Partei (DKP)* liegt seit vielen Jahren bundesweit unverändert bei etwa 40.000 (nach eigenen Angaben bei 50.000), in Hessen bei 5.000. Trotz erheblicher Anstrengungen ist es ihr nicht gelungen, einen Zuwachs zu erzielen. Die von der DKP erhofften Wahlerfolge sind ausgeblieben; stattdessen gab es herbe Verluste bei Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen. Wohl nicht zuletzt aus diesem Grund verzichtet die DKP seit der *Europawahl 1984* auf eine eigene Kandidatur bei Bundestags- und Landtagswahlen und beteiligt sich mit eigenen Kandidaten an der *Friedensliste*, einem im Mai

1984 unter Mitwirkung orthodoxer Kommunisten gegründeten «Personenbündnis». Ein Sprung über die «Fünfprozenthürde», die den Einzug in Parlamente bedeutet, gelang ihr nur in einigen Gemeinden. Trotzdem blieb die *DKP* mit ihren Nebenorganisationen und dem breiten Netz der von ihr beeinflussten Vereinigungen die stärkste und handlungsfähigste linksextreme Kraft. Mit taktischer Flexibilität versuchte sie, unter Zurückstellung ihrer tatsächlichen Absichten, wie sie aus dem Parteiprogramm deutlich werden, in der Protestbewegung Einfluß auszuüben. Dabei mußte die *DKP* starke Rückschläge hinnehmen. Es ist ihr nicht gelungen, bei der überwältigenden Mehrzahl der *Friedensbewegung* Verständnis für ihre Politik zu finden, die Rüstung im Osten als gut und im Westen als verwerflich versteht. Im Gegenteil hat sich die *Friedensbewegung* in ihrer Mehrheit gegen eine solche Politik abgegrenzt.

Die Parteien und Organisationen der extremen *Neuen Linken* wirkten politisch kaum nach außen. Teile der noch bestehenden Gruppen befaßten sich überwiegend mit innerorganisatorischen Angelegenheiten, andere waren bemüht, den angestrebten Zusammenschluß «*revolutionärer Sozialisten*» voranzutreiben.

Teile des *autonomen* und *anarchistischen* Spektrums blieben weiterhin militant. Die Gruppen waren nicht in der Lage, ihre Perspektivlosigkeit zu überwinden und eine neue «*revolutionäre Politik*» zu bestimmen. Es gelingt diesen Gruppen nicht, politische Forderungen oder gar umfassende Vorstellungen zur Gestaltung ihrer Politik zu formulieren. Sie sind allerdings gerade dadurch auf besondere Militanz ausgerichtet, da ihnen der verbale Ausdruck ihrer Ziele häufig fremd ist. Im Gegensatz zu den anderen extremen Gruppierungen der *Neuen Linken* werden sie

allerdings nicht oder kaum durch Kader gesteuert. Oft sind diesen Gruppen nahe stehende Personen ohne jede soziale Integration. Die Militanz dieser Gruppierungen, die vor allem bei ihren Versuchen, friedliche Demonstrationen umzufunktionieren, deutlich wird, darf auch unabhängig von ihrer Stärke nicht unterschätzt werden. Einige *anarchistische* Gruppen konnten sich organisatorisch stärken und ihre Anhängerschaft vergrößern.

Im Hochschulbereich hielten die Gruppen der *Alten Linken* ihre Positionen bei den Wahlen zu den Studentenvertretungen, während die der *Neuen Linken* Verluste hinnehmen mußten. Die *MG* warb für sich durch zahlreiche Publikationen und Diskussionsveranstaltungen.

Die *RAF* und andere terroristische Gruppen verübten mehrere schwere und eine Vielzahl leichter Anschläge. Die Auswahl einiger Anschlagziele, die Umstände der Tatausführung und die hierfür gegebenen Begründungen führten bei Anhängern und Sympathisanten zu heftigen Diskussionen, zu Kritik und teilweise zum Bruch mit den Terroristen. Ihre hierdurch bedingte Isolierung konnte die *RAF* durch die Propagierung des Aufbaues einer «*antiimperialistischen Front in Westeuropa*» nicht ausgleichen. Eine Zusammenarbeit mit anderen westeuropäischen Terrororganisationen war nur in Teilbereichen festzustellen.

Die auch künftig nicht auszuschließenden Anschläge linksterroristischer Kleingruppen bedrohen insbesondere wegen ihrer Unberechenbarkeit und Brutalität die öffentliche Sicherheit. Eine akute Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung ging jedoch weder von ihnen noch von organisierten Bestrebungen des orthodoxen Kommunismus und der extremen *Neuen Linken* aus.

Sicherheitsgefährdende Bestrebungen von Ausländern

Im Bundesgebiet waren am 31. Dezember 1985 4.378.942 (Hessen 512.256) Ausländer registriert. Nur etwa 116.300 (Hessen 8.000) sind in extremen politischen Vereinigungen organisiert. Die große Mehrheit der in der Bundesrepublik Deutschland und der in Hessen lebenden Ausländer verhielt sich gesetzestreu. Sicherheitsgefährdende Bestrebungen waren nur bei wenigen Gruppierungen zu beobachten.

Araber

Die Zahl der Anschläge und Anschlagsvorbereitungen palästinensischer Kommandos hat auch in Westeuropa erheblich zugenommen. Einen großen Anteil an den Terroroperationen hatte mit hoher Wahrscheinlichkeit die von *Syrien* und *Libyen* unterstützte *Abu-Nidal-Gruppe*, deren offizieller Name *Fatah-Revolutionärer Rat* lautet. Sie verübte ihre Anschläge unter verschiedenen Kommandozeichnungen wie *Arabische Revolutionäre Brigaden*, *Schwarzer September* und vermutlich auch *Revolutionäre Organisation sozialistischer Muslime (ROSM)*. Die Angriffe richteten sich in erster Linie gegen *Jordanien*, *Großbritannien*, *Israel* und gemäßigte arabische Staaten. Sie hatten das Ziel, die Friedensbemühungen zwischen *Israel* und den arabischen Nachbarn zu torpedieren. Die Gegner der von *König Hussein* und *Yassir Arafat* im Februar bekanntgegebenen gemeinsamen Friedensinitiative schlossen sich am 25. März zur *Palästinensischen Nationalen Rettungsfront (PNSF)* zusammen. Dieser Verband von sechs palästinensischen Organisationen, darunter die *Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP)*, *Palästinensische Befreiungsfront (PLF)*, *PLO-Dissidenten um Abu Mussa* und *syrisch gesteuerte Gruppen*, versteht sich nicht

als Konkurrenz zur *Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO)*, sondern will deren Ziele mit militanteren Mitteln verfolgen.

Der Streit um die *PLO*-Politik war auch bei den bundesweit etwa 300 Mitgliedern des *Palästinensischen Studentenverbandes in der Bundesrepublik und West-Berlin (PSV)* zu beobachten. Dagegen stehen die etwa 1.000 Mitglieder des *Palästinensischen Arbeitervereins in der Bundesrepublik und West-Berlin (PAV)* geschlossen hinter *Arafat* und seiner Politik. Sie lehnen Gewaltaktionen außerhalb *Israels* und der besetzten Gebiete ab. Dies wurde auf ihrem überregionalen Kongreß am 25. bis 27. Oktober in Frankfurt am Main ausdrücklich betont.

Am 19. Februar wurde in Frankfurt am Main ein 25-jähriger Palästinenser festgenommen, nachdem zuvor auf dem Rhein-Main-Flughafen zwei Gepäckstücke mit 10,5 kg hochexplosivem Sprengstoff sichergestellt worden waren. Der Palästinenser befand sich auf dem *Flug Damaskus-Larnaca-Frankfurt am Main* und wollte nach *Spanien* weiterfliegen. Er führte gefälschte Pässe der Staaten *Marokko* und *Oman* mit sich. Das Landgericht Frankfurt am Main verurteilte ihn am 10. September wegen illegalen Transports von Sprengstoff sowie Urkundenfälschung zu einer Freiheitsstrafe von drei Jahren.

Am 19. Juni explodierte in der Abflughalle B des Frankfurter Flughafens vor einer Schalterinsel eine Sprengladung, die in einer Reisetasche abgestellt war. Ein Portugiese und zwei australische Kinder wurden getötet, etwa 70 Personen verletzt. Von den etwa 30 schriftlich oder mündlich eingegangenen Bekennungen mit links- oder rechtsextremem Bezug war auch eine am 20. Juni bei der *Presseagentur Reuter* in *Beirut* eingegangene Bekennung einer bislang unbekanntem Ara-

bisch Revolutionären Organisation, auf deren Echtheit einige Umstände hindeuten. Welche Gruppierung sich hinter dieser Bezeichnung verbirgt, konnte bisher nicht mit Sicherheit festgestellt werden. Es kommen sowohl palästinensische als auch libanesisch-schiitische Terrorgruppen in Betracht. In diesem Zusammenhang kann auch die Entführung einer TWA-Maschine am 14. Juni durch libanesische Schiliten nach Beirut gesehen werden. Möglicherweise sollte der Flugzeugentführung durch einen weiteren Anschlag Nachdruck verliehen werden.

Bei einem Sprengstoffanschlag am 24. November auf dem Gelände des US-Einkaufszentrums PX in Frankfurt am Main wurden 38 Personen verletzt. An Gebäuden und abgestellten Fahrzeugen entstand Sachschaden in Millionenhöhe. Der Sprengsatz war in einem am Vortag auf dem privaten Automarkt in Gravenbruch an zwei Ausländer «südländischen Typs» verkauften silbermetallfarbenen BMW deponiert. Beim Abschluß des Kaufvertrages legte der Käufer einen gefälschten marokkanischen Paß vor. Der Verdacht, daß es sich bei den Tätern um Angehörige einer terroristischen Gruppierung aus dem Nahen Osten oder Nordafrika handeln könnte, wird durch die Festnahme von zwei Palästinensern am 11. Juli in Madrid erhärtet, die im Besitz von TNT-Sprengstoff waren und zwei gefälschte marokkanische Pässe mit den gleichen drei Anfangsziffern wie der beim Autokauf benutzte Paß vorwiesen.

Der Anschlag auf das US-Einkaufszentrum könnte als Vergeltung für die Zerstörung des PLO-Hauptquartiers in Tunis am 1. Oktober und die Verhaftung der Terroristen gedacht sein, die am 7. Oktober das italienische Kreuzfahrerschiff *Achille Lauro* in ihre Gewalt gebracht hatten. Ähnliche Motive könnten für die Flugzeugentführung einer ägyptischen Maschine von Athen nach Malta am 23. November und

für die Anschläge auf den Flughäfen von Wien und Rom am 27. Dezember bestimmend sein. Für diese Anschläge, bei denen 19 Menschen getötet und 110 verletzt wurden, wird die Terrorgruppe des Palästinenserführers *Abu Nidal* verantwortlich gemacht.

Es deutet bisher nichts darauf hin, daß die in Hessen und im übrigen Bundesgebiet ansässigen Palästinenser mit den ein- und durchreisenden Terrorkommandos in Verbindung standen oder die Anschläge billigen.

Türken

Bei den politisch extremen türkischen Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland und auch in Hessen gingen die Mitgliederzahlen nicht weiter zurück. Nach vorsichtigen Schätzungen sind von den etwa 44.500 Mitgliedern 7.500 orthodoxe Kommunisten, etwa 8.000 gehören der extremen *Neuen Linken* an, rund 10.000 sind extreme Nationalisten und 19.000 sind islamische Extremisten, die das Gedankengut der in der Türkei verbotenen *Nationalen Heilspartei (MSP)* vertreten.

Die politischen Verhältnisse in der Türkei sowie die Sorge um den Arbeitsplatz haben dazu beigetragen, daß sich die im Bundesgebiet tätigen extremen türkischen Gruppen weitgehend auf innerorganisatorische Probleme beschränkten.

Gemeinsam mit deutschen Gruppen bezogen die linksextremen Organisationen zunehmend Themen in ihre Agitation ein, die auch in der deutschen Öffentlichkeit diskutiert werden. Im Vordergrund standen neben Arbeitslosigkeit und Ausländerfeindlichkeit die militärische und wirtschaftliche Unterstützung des NATO-Verbündeten Türkei durch die Bundesrepublik Deutschland. Seit Anfang 1985

verstärkten die Linksextremisten ihre sogenannte «Antifaschismus-Kampagne». Sie zielt auf ein Verbot nationalistischer türkischer Gruppierungen durch die deutschen Behörden. Die der extremen *Neuen Linken* zuzurechnende *Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e.V. — Gruppe Partizan — (ATIF-P)* nahm in der Januar-Ausgabe ihres Organs *Mücadele (Kampf)* zum Hungerstreik der *Roten Armee Fraktion (RAF)* Stellung. Unter dem Titel «In den Kerkern des blutsaugerischen westdeutschen Imperialismus wird auf moderne Weise gefoltert» bezeichnete sie deutsche Justizvollzugsanstalten als «psychologische Folterzentren». In ihnen würden «Massaker als Selbstmord getarnt». Sie seien nichts anderes als auf «Staats- und Regierungsebene organisierter internationaler Terrorismus». Polemisch berichtete das Blatt über die gewaltsame Auseinandersetzung zwischen Türken am 23. Dezember in Stuttgart, für die es die Anhänger der extrem nationalistischen *ADÜTDF* verantwortlich machte. Die Mitgliedsvereine der *ADÜTDF* seien «faschistische Horden von Vampiren, Hunde und Blutsauger, die schon ungeduldig darauf warten, mit Genuß das Blut der Revolutionäre zu trinken».

Anläßlich des 5. Jahrestages der Machtübernahme durch das Militär in der Türkei (12. September 1980) demonstrierten in Hamburg, Köln, Duisburg, Düsseldorf und Frankfurt am Main etwa 9.000 kurdische und türkische Linksextremisten. In Frankfurt am Main fanden am 12. und 13. September drei getrennte Demonstrationen mit insgesamt etwa 160 Teilnehmern und am 14. September in Kassel eine Kundgebung mit etwa 20 Teilnehmern statt. Gegenüber vergangenen Jahren sind die Teilnehmerzahlen zurückgegangen.

Mit der Überschrift «C. Kemal Altun lebt in unserem Kampf weiter» veröffentlichte die

verbotene *Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)* unter ihrer Tarnbezeichnung *Avrupa' da Dev Genç (Revolutionäre Jugend in Europa)* eine Flugschrift in deutscher und türkischer Sprache. Der Freitod des Türken Altun am 30. August 1983 wurde darin als «Mord der Bundesregierung» bezeichnet, die «Antifaschisten durch Auslieferung in den Tod treibe». Zweck ihres «antidemokratischen, rassistischen und unmenschlichen Vorgehens» sei es, die «Identität der Menschen, ihre politischen Vorstellungen, ihre politische Arbeit und ihren Willen zu zerstören». Schließlich behauptete die Gruppe, der Fall Altun mache die «ganze Häßlichkeit der 'freundschaftlichen' Beziehungen zwischen Junta und der Bundesregierung» deutlich, die sich mit «blutigen Mördern an einen Tisch setzt, um einen Menschenhandel abzuschließen».

Die der extrem nationalistischen und in der Türkei verbotenen *Partei der Nationalen Bewegung (MHP)* verbundene *Föderation der türkisch-demokratischen Idealenvereine in Europa e.V. (ADÜTDF)* führte im Februar und März mehrere Protestkundgebungen gegen die Unterdrückung der türkischen Minderheit in *Bulgarien* durch, an denen sich bis zu 12.000 Anhänger beteiligten.

Der *Khomeini*-orientierte islamisch-extreme *Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V., Köln*, dem auch hessische Mitgliedsvereine angehören, veröffentlichte Mitte August die Erstausgabe seines neuen Organs in türkischer Sprache mit dem Titel *Tebliğ (Die Verkündigung)*. Er bezeichnet darin die Europäer als «kolonialistisch, gefühllos, mitleidslos» und «verschlagen». Die «Anführer der blutspuckenden, Todesmaschinen produzierenden Europäer» seien «moderne Gladiatoren», die die «Grausamkeit der afrikanischen Menschenfresser weit hinter sich lassen» und «nackte Gewalt hinter angenehm klingenden Begriffen wie

Freiheit, Frieden, Brüderlichkeit, Wirtschaftshilfe und Entwicklungsfond, verbergen». An anderer Stelle hieß es: «Sie setzen ihren Terror, ihre Kolonisation und ihre Massaker auf verschlagene, lügnerische Weise in moderner Form fort und verwenden dazu Organisationen wie die OPEC, NATO, UN . . . und lauern nur darauf, die Bevölkerung muslimischer Länder zu überfallen». Auch die laizistische Staatsordnung in der Türkei wird in die Agitation einbezogen: Die «Rettung vom Unglaubensregime» könne «nur durch den Umsturz» erreicht werden, denn der «Muslim ist ein Revolutionär, dem die Fähigkeit gegeben ist, die auf dem Unglauben beruhenden Ordnungen mit der Wurzel auszurotten».

Türkische Kurden

Die militante orthodox-kommunistische Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), deren vorrangiges Ziel die Errichtung eines autonomen Kurdenstaates ist, erregte wie im Vorjahr großes Aufsehen durch die von ihren Anhängern begangenen Gewalttaten gegen Abtrünnige und Kritiker. Obwohl hierdurch weitgehend isoliert, vermochte sie bei einem Mitgliederstand von 650 Personen für zentrale Großveranstaltungen eine erheblich größere Zahl von Anhängern und Sympathisanten zu mobilisieren. Dies zeigte sich nicht zuletzt am 16. November in Köln, als 6.000 bis 7.000 Personen aus dem In- und Ausland einem Aufruf der Partei zur Teilnahme an einer Veranstaltung anlässlich des 8. Jahrestages ihrer Gründung folgten.

Am 11. Oktober verurteilte das Landgericht Darmstadt den 23-jährigen türkischen Kurden Ali Aktas wegen Mordes zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe. Aktas hatte am 7. August 1984 in Rüsselsheim, vermutlich im Auftrag der PKK, seinen Landsmann Zülfü Gök erschossen, nachdem dieser die Partei verlassen und sich geweigert hatte, in diese zurückzukehren.

Die PKK setzte ihre «Bestrafungsaktionen» fort. Am 2. November erschößte in Stockholm ein Kurde einen ehemaligen PKK-Funktionär, der die PKK-Führung mehrmals öffentlich gerügt hatte. Zwei Tage später wurde in Kopenhagen ein Mitglied einer der PKK kritisierenden Organisation in seiner Wohnung ermordet aufgefunden. Außerdem wird die PKK für Morde am 27. Dezember in Paris und am 30. Dezember in Lausanne/Schweiz verantwortlich gemacht. Auch in der Bundesrepublik Deutschland kam es wieder zu Gewalttaten gegen Dissidenten der PKK, die teilweise erheblich verletzt wurden.

Iraner

Am 6. Februar wurden bei einem Brandanschlag auf die Filiale der iranischen Bank *Melli* in Frankfurt am Main 15 Personen leicht verletzt und ein Sachschaden von etwa drei Millionen DM angerichtet. Gegen 9 Uhr hatten zwei Männer, vermutlich Iraner, die Bank betreten und einen *Molotow-Cocktail* in die Schalterhalle geworfen. Sie hinterließen Flugblätter, in denen «Anhänger der iranischen Monarchie» weitere Anschläge ankündigten. Die Täter konnten unerkannt entkommen. Eine halbe Stunde danach bekannte sich eine Organisation *Fedajin der Kaiserlichen Iranischen Monarchie* durch anonyme Telefonanrufe zu dem Anschlag. Bereits 1984 hatte ein anonymes Anrufer erklärt, die gleiche Organisation sei für einen Brandanschlag auf das Büro der *Iran-Air* in Frankfurt am Main verantwortlich.

In der Technischen Hochschule Darmstadt kam es am 23. September zwischen *Khomeini*-Anhängern und -Gegnern zu Streitigkeiten, die in Tötlichkeiten ausarteten. Drei Personen wurden verletzt. Grund der Auseinandersetzung waren in der Mensa ausgelegte Flugblätter, in denen das *Khomeini*-Regime angegriffen wurde.

Beurteilung

Im Bereich des Ausländerextremismus sind die Mitgliederzahlen im Gegensatz zum Vorjahr nicht weiter zurückgegangen.

Die Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit der Palästinafrage und die enttäuschten Hoffnungen der Palästinenser auf eine für sie annehmbare Lösung des Konflikts haben zur Wiederaufnahme terroristischer Aktivitäten auch in Europa geführt.

Der Rückgang der Aktivitäten und Mitgliederzahlen bei den politisch extremen türkischen Organisationen hat sich nicht fortgesetzt.

Die Gewaltakte der *Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)* gegen Abtrünnige und Kritiker dauern an. Gegenmaßnahmen konkurrierender Organisationen können nicht ausgeschlossen werden.

Alle anderen extremen ausländischen Gruppierungen beschränkten ihre Aktivitäten weitgehend auf interne Zusammenkünfte.

Spionageabwehr

Übertritt eines Regierungsdirektors im Bundesamt für Verfassungsschutz In die DDR

Die Arbeit der mit der Spionageabwehr befaßten Behörden des Bundes und der Länder wurde 1985 durch den Übertritt des Referatsgruppenleiters im Bundesamt für Verfassungsschutz, Regierungsdirektor Tiedge, in die *DDR* stark beeinträchtigt.

Tiedge arbeitete seit 1966 in der Abteilung Spionageabwehr, die sämtliche Erkenntnisse über gegnerische Spionage, auch der Landesbehörden für Verfassungsschutz, zentral auswertet. Seit 1974 war er mit der Sammlung und Auswertung von Nachrichten über die *DDR*-Geheimdienste beschäftigt. Der durch den Übertritt verursachte Schaden ist infolge der detaillierten und langzeitigen Fachkenntnisse Tiedges erheblich. Sofortmaßnahmen konnten jedoch den Umfang des Schadens begrenzen.

Nachrichtendienste und Technologietransfer

Die *Ostblock*-Nachrichtendienste bemühen sich verstärkt, auf illegale Weise *Hochtechnologie* aus dem Westen zu beschaffen.

Anläßlich des 35. Jahrestages der Gründung des *Ministeriums für Staatssicherheit (MfS)* bezeichnete Minister Erich Mielke den «ökonomischen Kampfabschnitt» als Schwerpunkt der bisherigen und künftigen Arbeit des *MfS*. Der enge Zusammenhang zwischen ökonomischer Stärkung, militärischem Schutz und staatlicher Sicherheit verpflichtete das *MfS*, die Partei im Kampf um die Erreichung des notwendigen weiteren bedeutenden

volkswirtschaftlichen Leistungsanstiegs zu unterstützen. Unter «ökonomischem Kampfabschnitt» verstehen die Kommunisten des *Ostblocks* die ständigen Anstrengungen, die wirtschaftliche Rückständigkeit gegenüber den westlichen Industrienationen auszugleichen und sie zu überholen. Dabei bemühen sie sich in steigendem Maße, durch intensive Ausforschung der westlichen Technologie und Wirtschaft das selbst gesteckte Ziel zu erreichen.

Die eingesetzten Mittel lassen Fantasie bei den Versuchen erkennen, an Technologien westlicher Staaten heranzukommen. Dabei helfen nicht selten Leichtfertigkeit, Gutgläubigkeit oder Gewinnsucht der westlichen Partner. Menschliche Schwächen werden bei diesen Beschaffungsaktionen geschickt ausgenutzt. Kongresse und Messebesuche, Vertragsverhandlungen, finanzielle Schwierigkeiten eines Unternehmens oder private Kontakte bieten hierzu ausreichend Gelegenheit.

Die aktuellen Aufklärungsergebnisse der Spionageabwehr bestätigen, daß sich die Aufträge der *Ostblock*-Nachrichtendienste vermehrt gegen wirtschaftliche Ziele richten. Dies gilt auch für Hessen. Die *DDR*-Geheimdienste konnten hierbei nach wie vor am häufigsten als Auftraggeber nachrichtendienstlicher Beschaffungsmaßnahmen identifiziert werden.

Aber auch der festgestellte Anstieg der von *sowjetischen* Nachrichtendiensten erteilten Aufträge war bemerkenswert. Der gesamte Ausspähungsapparat der *UdSSR* unter Beteiligung des zivilen Nachrichtendienstes *KGB* und des militärischen Nachrichtendienstes *GRU* wird zentral gesteuert. Dies geschieht durch ein Koordinierungsgremium, das alle eingehenden Informationen prüft und sie dann an die jeweiligen Auftraggeber oder Interessenten verteilt; neben den neun

Ministerien, die sich mit Rüstungsaufgaben beschäftigen, sind dies auch die Ministerien für chemische Industrie, Elektronik und Petrochemie. In gleicher Weise erfolgt auch die Auftragserteilung. Entweder werden die Geheimdienste zur konspirativen Beschaffung beauftragt oder aber es erfolgt die offene Beschaffung über verschiedene andere Dienststellen, z. B. das Staatskomitee für außenwirtschaftliche Beziehungen, das Außenhandelsministerium, das Staatskomitee für Wissenschaft und Technik oder die Akademie der Wissenschaften.

Erstaunlich ist immer wieder die genaue Kenntnis der *östlichen* Geheimdienste über gerade entwickelte oder in der Entwicklung befindliche Produkte des Westens.

Die Umgehung der *Embargobestimmungen* ist oft schwer zu erkennen, da zur Verschleierung des Endabnehmers komplizierte Warendreiecksgeschäfte getätigt werden. So konnte durch die Zusammenarbeit deutscher und ausländischer Dienststellen auf dem Frankfurter Flughafen die Lieferung von Computern einer amerikanischen Herstellerfirma beschlagnahmt werden, die den *Embargobestimmungen* unterlagen. Der Transportweg lief von den *USA* über *Kanada* in die Bundesrepublik Deutschland. Die Ware sollte über die *Schweiz* in die *UdSSR* geliefert werden. Eine Firma im Bundesgebiet wurde ohne Kenntnis der Materie als Auftraggeber vorgeschoben. Der eigentliche Initiator saß in der *Schweiz*.

Nachrichtendienstliche Stützpunkte im Bundesgebiet

Die Geheimdienste des *kommunistischen* Machtbereichs nutzen weiterhin ihre Botschaften, Konsulate, Handelsvertretungen, Luftfahrtgesellschaften, Reisebüros

und Staatshandelsunternehmen für ihre nachrichtendienstlichen Aktivitäten. Überraschend sind immer wieder die direkten und offenen Anbahnungs- und Werbungsversuche. Der diplomatische Status wird hier häufig als ausreichender Schutz angesehen.

Mit Vorliebe werden Mitarbeiter kleinerer Unternehmen, speziell im Elektronikbereich, angesprochen. Große Gewinnspannen oder die Hoffnung auf weitere lukrative Aufträge für das Unternehmen kommen dabei als Lockmittel in Betracht.

Dies zeigen die folgenden Fälle:

So trat ein Angehöriger einer *Ostblockvertretung* an den Mitarbeiter einer Elektronikfirma heran und teilte ihm schon beim zweiten Treffen mit, er wolle Geschäfte ohne Rechnung abschließen. Sein Hauptinteresse galt militärisch verwendbaren Produkten. Dabei kam er sehr schnell darauf zu sprechen, daß er an Informationen über geheimhaltungsbedürftige Produkte interessiert sei. Geld spiele keine Rolle. Auf die Frage des verblüfften Mitarbeiters der Elektronikfirma, ob er nicht eine Meldung an die Sicherheitsbehörden befürchte, erklärte der Angehörige der *Ostblockvertretung*, dies sei sein Berufsrisiko.

Bereits 1980 wandte sich der Angehörige einer *Ostblockvertretung* im Bundesgebiet an den Mitarbeiter eines Unternehmens, das sich mit dem Vertrieb geheimhaltungsbedürftiger Elektronikgeräte beschäftigt. Der Besucher war zunächst an allgemeinen Unterlagen über die Firmenprodukte interessiert; sein Anliegen wollte er nicht näher begründen. Die von der Firma geforderte schriftliche Spezifizierung des vorgesehenen Auftragsvolumens blieb aus. Weitere Kontakte kamen mit dieser Person nicht mehr

zustande. Fast drei Jahre später meldete sich ein anderer Mitarbeiter derselben Botschaft und erkundigte sich wiederum nach dem Gesamtkatalog der Firmenprodukte. Der Mitarbeiter der Botschaft gab vor, er müsse als Einkaufsleiter in Staatshandelsgeschäften die Produkte erst kennenlernen, um gezielt Aufträge erteilen zu können. Das Unternehmen wies das Ansinnen zurück. Der Mitarbeiter der Botschaft mußte inzwischen die Bundesrepublik Deutschland verlassen.

Neben den *legalen Residenturen* benutzen die *Ostblockstaaten* auch Firmen mit östlicher Kapital- und Personalbeteiligung, um sich Zugang zur westlichen Technologie zu verschaffen. Gleichzeitig können die Firmen auch als Plattform für Spionagetätigkeit dienen.

Werbung

Die Aufdeckung mehrerer Spionagefälle läßt erkennen, daß die *östlichen* Geheimdienste sich verstärkt um die Anwerbung von Perspektivagenten bemühen, d.h., jungen Menschen, die nach einer meist akademischen Ausbildung im Laufe von Jahren solche Funktionen in Staat, Wirtschaft und Wissenschaft einnehmen sollen, die sie in die Lage versetzen, geheimhaltungsbedürftige Informationen aus möglichst hohen Ebenen zu beschaffen. Hierbei versucht der *östliche* Geheimdienst den beruflichen Werdegang zu steuern. Bei solchen Verbindungen werden bereits zu Beginn der nachrichtendienstlichen Tätigkeit große Geldsummen gezahlt, die in keinem vernünftigen Verhältnis zu den in diesem Stadium zu leistenden Probeaufträgen stehen. Das *MfS* nützt auch aus, daß sich Studienanfänger wegen des *numerus clausus* im Bundesgebiet um einen Studienplatz in der *DDR* bemühen.

Peter S. wandte sich Ende 1983 an das Hochschulministerium der *DDR*. Da er die Zulassungsvoraussetzungen in der Bundesrepublik Deutschland nicht erfüllt hatte, wollte er versuchen, in der *DDR* einen Studienplatz der Medizin zu erhalten. Nach mehreren Sondierungsgesprächen mit angeblichen Mitarbeitern des Hochschulministeriums in *Ostberlin* wurde S. nach einem halben Jahr mit weiteren Gesprächspartnern bekanntgemacht. Diese forderten von S. als Gegenleistung für die Möglichkeit eines Studiums in der *DDR*, daß er sich zu einer «Kundschaftertätigkeit für den Frieden» bereit erkläre. Im Vertrauen auf das versprochene Studium ließ sich S. auf eine Spionagetätigkeit ein, den Studienplatz erhielt er jedoch nicht.

Die *DDR*-Geheimdienste haben die Methoden verbessert, um die Erfassung des gesamten Reiseverkehrs in den eigenen Machtbereich zu erreichen. Der verstärkte Einsatz von Computern ermöglicht dem *MfS*, alle Details, z. B. Angaben zur Person, erlernter und ausgeübter Beruf, Arbeitsstätte, Kfz-Kennzeichen, Grenzübergangsstelle, Zieladresse in der *DDR*, Reisezweck usw., zu registrieren.

Die von den *östlichen* Geheimdiensten angesprochenen beruflichen Zielgruppen blieben in ihrer Zusammensetzung nahezu unverändert. Die Anspracheversuche bei privaten Reiseanlässen nahmen gegenüber den Vorjahren zu.

Nach wie vor versuchen die Geheimdienste des *Ostblocks*, den touristischen Reiseverkehr in ihre Länder für zunächst unverfänglich erscheinende Werbungsversuche auszunutzen. So halten sich in der Urlaubszeit ständig Anbahner des *MfS* in den *bulgarischen* Feriencentren auf. Gelegentlich werden Urlauber sogar bereits vor Antritt ihrer Reise auf eine mögliche Eignung für nachrichtendienstliche An-

sprachen «abgeklärt». Häufig erfolgt die Kontaktaufnahme an den ersten Urlaubstagen, nicht selten die Ansprache eines Ehepaares auch von einem Pärchen des *DDR*-Geheimdienstes. Über gemeinsame Restaurant- und Barbesuche kommt man sich schnell näher. Gegen Ende des Urlaubs führt dies fast zwangsläufig zum Austausch der Adressen. Briefe aus der *DDR* und Einladungen dorthin sind die Folge. Meist wählt man *Ostberlin* und seine Sehenswürdigkeiten als Treffort aus. Dort mußte so mancher Besucher den eigentlichen Hintergrund seiner Einladung erkennen.

Auch die übrigen *kommunistischen* Geheimdienste nutzen den gestiegenen Reiseverkehr für nachrichtendienstliche Ansprachen. Geschäftsreisen sind dabei nicht ausgeschlossen.

Ludwig F. befand sich im Juni 1985 auf einer Geschäftsreise in *Polen*. Bei der Rückfahrt geriet er mit seinem Pkw in eine Verkehrskontrolle. Wegen angeblicher Überschreitung der Höchstgeschwindigkeit wurde er zunächst festgehalten. Beweise konnten nicht vorgelegt werden. Die verhängte Geldstrafe konnte F. infolge fehlender Barmittel nicht zahlen. Unerwartet zeigten die Verkehrspolizisten Interesse an Informationen über polnische Exilkreise in der Bundesrepublik Deutschland. Sie versprachen dafür die Geldstrafe zu vergessen und gaben F. eine Telefonnummer, die er bei seiner nächsten Einreise anrufen sollte.

Die Versuche der *östlichen* Geheimdienste, Bürger des eigenen Machtbereichs für eine nachrichtendienstliche Tätigkeit anzuwerben, blieben mit nahezu der Hälfte der durch die Spionageabwehr erkannten Sachverhalte unverändert hoch. Dies gilt besonders für Übersiedler aus der *DDR* in die Bundesrepublik Deutschland, da das *MfS* stets am Genehmi-

gungsverfahren beteiligt wird. Die häufig jahrelang hingezogenen Übersiedlungsverfahren lassen dem *MfS* genügend Zeit, alle Möglichkeiten einer Werbungsphase zu nutzen.

Der heute 41-jährige Ingenieur Karl B. stellte im Sommer 1981 ohne Erfolg einen Antrag auf Übersiedlung. In den folgenden zwei Jahren stellte Karl B. fünf weitere Ausreisearträge, die ebenfalls erfolglos blieben.

Nach dem letzten Antrag im Dezember 1983 verlor B. seine Stelle als Abteilungsleiter in einem volkseigenen Betrieb; aus politischen Gründen sei er für diese Position nicht mehr tragbar. Es gelang ihm, vorübergehend eine untergeordnete Tätigkeit mit geringem Gehalt zu finden. Auf Druck des *MfS* wurde er hier auch entlassen. Wirtschaftlich überstanden er und seine Frau diese Zeit durch den Verkauf ihres Pkw sowie einiger Wertgegenstände. Anfang 1984 beantragte B. erneut die Übersiedlung; drei Wochen später wurde er zum Volkspolizeikreisamt vorgeladen, wo ihn jedoch zwei *MfS*-Angehörige erwarteten. Im Verlauf des Gesprächs wurde B. die Aussichtslosigkeit seiner Übersiedlungsbemühungen verdeutlicht; man spielte dabei auf kritische Äußerungen aus der Studienzeit an. Die *MfS*-Angehörigen forderten B. auf, für den *Staatssicherheitsdienst* zu arbeiten. Als Gegenleistung wurde eine alsbaldige Übersiedlung in Aussicht gestellt. Dem B. wurde gleichzeitig eine Schweigeverpflichtung auferlegt.

Durch massive Einschüchterungen, auch aus Angst vor Haft, stimmte B. bei dem zweiten Treff mit dem *MfS* einer Zusammenarbeit zu und unterzeichnete eine Verpflichtungserklärung über seine künftige *MfS*-Mitarbeit. Er mußte auch erklären, das

MfS nach Verlassen der *DDR* zu unterstützen. B. wurde darauf hingewiesen, er müsse bei Verrat dieser Tätigkeit an westliche Nachrichtendienste mit strafrechtlichen Maßnahmen rechnen. Man ließ durchblicken, auch außerhalb der *DDR* Kontrollmöglichkeiten zu haben. Nach Zuteilung eines Decknamens erfuhr B. nähere Einzelheiten über seine Aufträge im Bundesgebiet sowie über den Meldeweg zum Führungsoffizier des *MfS*. Unter anderem sollte er über Befragungen im Bundesnotaufnahmelaager einen Bericht fertigen.

Politische Gefangene in der *DDR* sind in noch massiverer Weise den Werbungszwängen des *MfS* ausgesetzt. Die miserablen Haftbedingungen tragen ihr übriges dazu bei.

Hartmut G. betrieb seit 1984 seine Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland. Nach mehreren abgelehnten Anträgen schrieb G. einen provozierenden Brief an die Partei. Die Angriffe gegen das *SED-Regime* führten zur Festnahme. Nach intensiven Verhören in der U-Haft wurde G. im Rahmen eines Schnellverfahrens zu einer empfindlichen Freiheitsstrafe verurteilt. Während der anschließenden Haftzeit wurde er mehrfach durch das *MfS* vernommen. Man versprach ihm die sofortige Freilassung und die Möglichkeit von Reisen in den Westen, wenn er sich verpflichtete, für das *MfS* zu arbeiten.

Im Herbst wurde G. in die Bundesrepublik Deutschland entlassen. Er offenbarte den hiesigen Sicherheitsbehörden seinen *MfS*-Auftrag.

Führungsmethodik

Die bisher bekannten Führungs- und Verbindungsstrukturen zwischen Geheim-

dienstzentrale im Osten und ihren Agenten im Westen blieben im wesentlichen gleich. Angeworbene Agenten werden vor allem durch persönliche Kontakte von dem Führungsoffizier gesteuert. Nach wie vor überwiegen die Zusammenkünfte im kommunistischen Machtbereich. Solen Reisen in den Osten verdeckt werden, kommt der nachrichtendienstliche Treff zunächst im neutralen und westlichen Ausland zustande. Der Einsatz von Funk dient der Reduzierung der persönlichen Führungskontakte.

Die gegnerischen Geheimdienste nutzen verstärkt die Technik, um ihr Führungs- und Verbindungswesen auszubauen und gegen die Spionageabwehr unempfindlich zu machen. So wurde ein Infrarot-Licht-Sprechgerät des *MfS* bekannt, das von Agenten aus dem Bundesgebiet zur Übermittlung von Nachrichten in die *DDR* benutzt wird. Nahezu abhörsicher wird das gesprochene Wort über einen Infrarot-Lichtstrahl zur *MfS*-Führungsstelle weitergegeben. Diese Technik ist allerdings nur über eine begrenzte Reichweite von mehreren Kilometern und damit vor allem im grenznahen Bereich zur *DDR* einsetzbar.

Beurteilung

Die erkannten Werbungsversuche der *östlichen* Geheimdienste haben deutlich zugenommen.

Wenn der Leiter des *MfS* «die unabdingbare Notwendigkeit der fortgesetzten Tätigkeit sozialistischer Kundschafter» feststellt, so läßt dies auch für die Zukunft erhebliche Aktivitäten insbesondere der *DDR*-Geheimdienste gegen die Bundesrepublik Deutschland erwarten. Die intensive Bereitschaft der Bevölkerung zur Mit Hilfe kann hierbei die Arbeit der Verfassungsschutzbehörden noch effektiver ge-

stalten. Ziel der Spionageabwehr kann dabei nicht allein die Festnahme des *Agenten sein. Sie muß auch bemüht sein*, durch die Gewinnung neuer Erkenntnisse über Aufbau, Gliederung, Arbeitsmethoden und Auftragschwerpunkte der Geheimdienste des *kommunistischen* Machtbereichs Ansatzpunkte für ihre Arbeit zum Schutze unseres Gemeinwessens zu erhalten.

Die Hinweise auf die Anstrengungen der *östlichen* Nachrichtendienste, Touristik- und Geschäftsreisende für eine Mitarbeit zu gewinnen, sollen die Reisenden nicht von ihrem Vorhaben abhalten. Sie wollen

vielmehr aufklären und gleichzeitig auf die Möglichkeit hinweisen, bei zweifelhaften Sachverhalten die Sicherheitsbehörden zu informieren.

Auch bei peinlicher Beachtung aller im *Ostblock* geltenden Vorschriften gelingt es nicht immer, sich einer nachrichtendienstlichen Ansprache zu entziehen. Das *Landesamt für Verfassungsschutz Hessen* ist für jeden einschlägigen Hinweis dankbar. Dabei wird Vertraulichkeit zugesichert. Der Verfassungsschutz kann auch denen helfen, die bereits in eine geheimdienstliche Verstrickung geraten sind (Anschrift und Telefonnummer s. S. 8).